Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse = Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II. Referate und Mitteilungen des SJV

Herausgeber: Schweizerischer Juristenverein

Band: 27 (1908)

Rubrik: Protokoll der 46. Jahresversammlung des Schweizerischen Juristenvereins

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Protokoll

der

46. Jahresversammlung des Schweizerischen Juristenvereins

abgehalten

am 28. und 29. September 1908 in Zürich

Verhandlungen vom 28. September 1908

Vorsitz: Herr Bundesrichter Dr. A. Reichel.

I.

Um halb 9 Uhr eröffnet Herr Bundesrichter *Reichel* die Verhandlungen im Kantonsratssaal des Rathauses mit folgenden Worten:

Hochgeehrte Anwesende! Freunde und Kollegen!

Ich begrüsse Sie, begrüsse besonders Herrn Geheimrat Prof. Dr. Laband aus Strassburg, unser Ehrenmitglied.

Wiederum jährt sich der Tag, an dem der Schweizerische Juristenverein zu ernster Arbeit und zu kollegialischem und freundschaftlichem Verkehr seiner Mitglieder zusammengetreten ist. Diesmal führt uns unser Wanderschicksal an die freundlichen Gestade des Zürcher Sees. In das Vereinsjahr 1907/08 fällt ein Ereignis, das wohl Allen, in deren Innern ein juristisches Herz schlägt, unvergesslich bleiben wird: Die am 10. Dezember 1907 einstimmig geschehene Annahme des schweizerischen Civilgesetzbuches durch die Bundesversammlung, gefolgt von referendumsloser stillschweigender Zustimmung des Schweizervolkes. Es will etwas heissen, wenn ein aus den verschiedensten sozialen und politischen Elementen zusammengesetztes Parlament widerspruchslos ein so tief in alle Lebensgewohnheiten einschneidendes Gesetz in dieser Weise aufnimmt und noch mehr will es besagen, wenn ein

ganzes Volk, durchdrungen von der Bedeutung des Geschaffenen, ohne irgendwelchen Einspruch sich das Neue gefallen lässt; denn wenn auch das Civilgesetz auf dem Boden der schweizerischen Rechtsentwicklung erwachsen, bodenständig im besten Sinne des Wortes ist, so wird es keinen Kanton geben, dem es nicht Neues bringt, der nicht mit liebgewordenen, vielleicht hundertjährigen Rechtsgewohnheiten brechen muss.

Die Schweiz tritt damit, soviel mir bekannt als der letzte der festländischen europäischen Staaten in den Zustand der einheitlichen Kodifikation des Civilrechtes ein. Nachdem im Jahre 1880 das Obligationen- und Handelsrecht vereinheitlicht worden war, ist nun auch das übrige Civilrecht in einheitliche Form gebracht worden. Es entspricht wohl dem bedächtigen Charakter schweizerischen Volkstumes, dass wir die Rechtseinheit nicht auf einmal durchgesetzt haben, sondern dass sie ein Produkt langsamer Entwicklung bildet. Umso fester hält, was auf diesem Wege errungen ist. Erst nach und nach haben die Kantone sich eines Gebietes nach dem andern zu Gunsten des Bundesstaates entäussert. Bei der grossen Verfassungsbewegung von 1872 noch, scheiterte die Annahme wesentlich mit an dem Postulat der Rechtseinheit und auch heute haben wir nicht einmal programmatisch, d. h. als Verfassungsgrundsatz, die Rechtseinheit vollständig errungen, da die Rechtssprechung noch den Kantonen geblieben ist. Es wird noch der Arbeit von Generationen bedürfen, bis das Gebäude vollständig ausgebaut ist.

Wir haben nun ein schweizerisches Privatrecht, wir haben das Haus in dem wir wohnen und können dem Baumeister danken für die zweckmässige und schöne Aufrichtung. Aber die wohnliche Einrichtung müssen wir selbst besorgen. Ein jedes moderne Gesetz ist nur eine Sammlung von abstrakten Sätzen, deren Bedeutung und Tragweite sich erst aus ihrer Anwendung ergibt. Und wie das architektonisch feinst ausgeführte Wohngebäude ungemütlich und unbequem zu bewohnen ist, wenn die innere Einrichtung verfehlt ist, so kann auch das beste Gesetz seinen Zweck verfehlen, wenn seine Anwendung in die Hände von Leuten gerät, die es nicht zu gebrauchen

verstehen. Hier fällt uns Juristen hauptsächlich die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe zu. Der Rechtsanwalt, der Notar, der Richter und der Verwaltungsbeamte, wo sie mit dem neuen Recht zu tun haben werden, werden zu zeigen haben, dass sie geistige Schulung und juristische Findigkeit und vor allem praktischen Lebenssinn genug besitzen, um dem neuen Rechte genüge zu tun. Ich habe das Vertrauen zu unserer Juristenwelt und auch zu unsern Laienrichtern, dass sie sich der ihnen gestellten Aufgabe willig und mit Erfolg unterziehen werden. Wenn man urteilen darf nach dem Vorgange des Obligationenrechtes, so darf man ohne Weiteres mit gutem Mute für das schweizerische Privatrecht in die Zukunft blicken.

Ich wüsste also nicht, dass wir nicht im Stande sein werden, das Gesetz anzuwenden; eine andere Gefahr liegt näher. Man sagt, die Geschichte sei die Lehrmeisterin des Menschengeschlechtes; nur ist es schade, dass die Menschen im ganzen und grossen wenig bei ihr lernen. Das liegt vielleicht daran, dass es noch niemals im geistigen Leben der Menschheit Vorgänge gegeben hat, die sich ganz in gleicher Weise abgespielt haben. Darin besteht wohl auch die Schwierigkeit, die Vorgänge des geschichtlichen Geschehens in Gesetze zu fassen, wie man dies beim Naturgeschehen macht. Aus diesem etwas pessimistischen Gedankengange heraus möchte ich versuchen Sie aufmerksam zu machen auf gewisse Verhältnisse, die bei Gelegenheit anderer Kodifikationen schon zu Tage getreten sind. Wir haben es gesehen beim code civil in Frankreich und wir erleben es jetzt beim bürgerlichen Gesetzbuch in Deutschland, dass nach der Kodifikation eine gewisse Erschöpfung im juristischen Leben eintritt. Jede Kodifikation hat etwas starres, sie leitet das vorher in verschiedenen Bahnen sich bewegende Rechtsleben in eine ganz bestimmte Richtung, sie scheint ein Abschluss zu sein, nachdem es nichts mehr anderes gibt. Das hat zur Folge, dass das Gesetz eine Art Fetisch wird, vor dem der Jurist in Anbetung erstirbt. Er sieht und kennt nichts anderes mehr als die Paragraphen seines Gesetzbuches und glaubt die ganze Weisheit erschöpft

zu haben, wenn er den Gesetzesinhalt sich eingeprägt hat. Die allgemeinen Quellen des Rechtes, wenn ich mich so ausdrücken darf, treten in den Hintergrund und das positive Recht wird Trumpf. Routine und Präjudizienkultus werden herrschend. Man vergisst, dass jedes Gesetz immer nur der Niederschlag eines gegebenen wirtschaftlichen Zustandes und der sich daran knüpfenden Rechtslehre ist, und glaubt den Reichtum des Lebens in die abstrakten Formeln und ihre Auslegung binden zu können.

Wenn wir es vermögen, so sollten wir uns bewahren in diesen Fehler zu verfallen. Ich glaube, wir würden damit nur im Sinne desjenigen handeln, als dessen geistige Schöpfung unser neues Gesetz zu betrachten ist. Hat er doch in Art. 1 des Gesetzes dem Richter bei Lücken des Gesetzes die Stellung des Gesetzgebers zugewiesen und damit ausgesprochen, dass das Ideal der Rechtsordnung höher steht, als das positive Recht selbst und dass dieses positive Recht in seiner Anwendung dem Ideal der Rechtsordnung immer möglichst konform sein soll.

Viel wird darauf ankommen, wie der Rechtsunterricht in Zukunft gestaltet werden wird. Lassen wir gemeines Recht, deutsches Privatrecht, Rechtsvergleichung und Rechtsgeschichte, die sich nun wohl aus vielversprechenden Anfängen auch zu einer gemeinschweizerischen weiter entwickeln wird, nicht in den Hintergrund treten und geben wir dem Rechtsbeflissenen erst dann das positive Recht zum Studium in die Hände, wenn er auf dem Boden allgemeiner Rechtsbildung sich die Fähigkeit erworben hat, wirklich mit Verständnis seinen Inhalt zu ergreifen.

Ueberlassen wir nun das Weitere der Zukunft, so kann der Juristenverein sich des Errungenen freuen; denn er hat von jeher die Erringung der schweizerischen Rechtseinheit als Ziel aufgestellt und man darf, ohne sich der Ruhmredigkeit schuldig zu machen, sagen, dass er, was in seinen Kräften lag, getan hat, um diesem Ziele näher zu kommen. Ich erwähne aus den Traktandenlisten nur folgende Gegenstände:

Schon im Jahre 1866 wurde als Diskussionsthema „*Möglichkeit und Wünschbarkeit der Vereinheitlichung des eidgenössischen Privatrechts*“ (Referent: Prof. Dr. F. v. Wyss, Zürich) auf-

gestellt; im Jahr 1866: „*Die Zentralisation der Civilgesetzgebung in der Schweiz*“ (Referent: Simon Kaiser, Nationalrat, Solothurn; Korreferent: Ch. Friedrich, Nationalrat, Genf); im Jahre 1872: „*Die Verschiedenheit der ehelichen Gütersysteme und deren Vereinheitlichung*“ (Referent: Dr. W. Munzinger, Bern); 1873: „*Die Hauptdifferenzen der französisch- und deutsch-schweizerischen Civilgesetzgebung mit Rücksicht auf die Möglichkeit ihrer Vereinbarung*“ (Referenten: H. Canard, Professor, Lausanne und Dr. C. Hilty, Advokat, Chur); 1883 sind zu erwähnen die dem Vorstand überwiesenen Motionen:

a) König: Der hohe Bundesrat möchte den Vorstudien und Vorarbeiten, welche die Durchführung einer grösseren Einheit des Rechtes in seinen verschiedenen Gebieten notwendig vorausgehen müssen, schon jetzt seine volle Aufmerksamkeit widmen und dieselben in möglichst umfassender Weise vornehmen lassen.

b) Hilty: Der Schweizerische Juristenverein soll auf dem Wege einer Preisausschreibung zunächst für einzelne Abteilungen oder Vorarbeiten und sodann einer kommissionellen Beratung, ein *schweizerisches Civilgesetzbuch* und demnächst auch einen *schweizerischen Civilprozess* ausarbeiten lassen.

1888: *Wie sollen in einem künftigen schweizerischen Civilgesetze die Rechtsfolgen der ausserehelichen Schwängerung gestaltet werden?* (Referenten: Prof. Dr. Mentha, Neuenburg; Dr. Iselin, Civilgerichtspräsident, Basel.)

1894: *Die Grundlagen einer schweizerischen Gesetzgebung über das eheliche Güterrecht.* (Referenten: Prof. Dr. E. Huber, Bern; Prof. A. Martin, Genf.)

1896: *Die Grundlagen einer schweizerischen Gesetzgebung über das Grundbuchwesen.* (Bundesrichter Dr. Lienhardt, Lausanne. Notar Gampert, Lausanne.)

1900: *Die Gestaltung des Wasserrechtes im künftigen schweizerischen Rechte.* (Prof. Dr. Huber, Bern; Prof. Dr. Mentha, Neuenburg.)

Die Anpassung des OR an das schweizerische Civilgesetzbuch. (Dr. Janggen, Rechtsanwalt, St. Gallen; Prof. Louis Grenier, Lausanne.)

Sie sehen daraus, wie eifrig von seiner Gründung weg der Schweizerische Juristenverein sich mit der Vereinheitlichung des Privatrechtes beschäftigt hat. Ich erwähne, dass die Anregung zur verfassungsmässigen Kompetenzausdehnung des Bundesrechtes auf das gesamte Strafrecht in einer Versammlung des Juristenvereins in Bellinzona im Jahre 1887 gemacht wurde. Diese Anregung hatte die Ausarbeitung der neuen Verfassungsbestimmung zur Folge, die dann die Kompetenz des Bundes auch auf das gesamte Civilrecht ausdehnte. Ich erinnere ferner daran, dass eine der hauptsächlichsten Vorarbeiten für das Civilrecht, das schweizerische Privatrecht von Prof. Dr. Huber, unter der Aegide des Juristenvereins unter Subvention des Bundes erschienen ist. (Beschluss des Vereins vom Jahr 1884.) Aber die Menschen sind mit ihren Bestrebungen vergleichbar dem Sisiphus. Haben sie den Stein den Berg hinaufgerollt, so rollt er zwar nicht zurück; aber es zeigt sich sofort ein neuer Berg, auf den der Stein gerollt werden muss. Das Civilrecht haben wir; aber das Strafrecht nocht nicht und hier heisst es nun frisch einsetzen; denn auch im Strafrecht ist die Rechtseinheit von bitterer Notwendigkeit. — Die Vorarbeiten sind zum grössten Teile getan und ist einmal das neue Obligationenrecht unter Dach, so hoffen wir, dass es dann auch an das Strafrecht gehen kann.

Und zu allem fehlt noch die einheitliche Form der Anwendung des Gesetzes. Für den Civilprozess ist man heute schon überzeugt, dass er nach Vollendung der Vereinheitlichung des Privatrechts auch eine schweizerische Gestalt annehmen muss. Doch ist das eine Aufgabe, die noch nicht in nächster Nähe steht. Es ist Ihnen bekannt, dass Herr Bundesrichter Dr. Schurter an einer systematischen Darstellung des kantonalen Rechtes arbeitet. In nicht allzu langer Frist kann nach den mir von ihm gemachten Mitteilungen ein erster Band erscheinen. Herr Schurter hat während mehreren Jahren einen Teil seiner Ferien geopfert, um dem Werk ein rascheres Fortschreiten zu ermöglichen.

Auch in diesem Jahr hat der Tod grosse Lücken in den Bestand unserer Mitglieder gerissen und von den Wägsten und Besten unserem Kreise entzogen.

In Zürich bedauern wir den Hinschied des Prof. Dr. *Fr. v. Wyss,* des Nestors der schweizerischen Rechtshistoriker; er war der Erste, der über schweizerische Rechtsgeschichte an der Hochschule Zürich gelesen hat, und wenn er auch keine schweizerische Rechtsgeschichte geschrieben hat, so bezogen sich doch die meisten seiner Arbeiten auf dieses Fach und wo er ein Spezialgebiet bearbeitete, gelangte er zu grundlegenden Resultaten. Obgleich auf dem Boden strenger Quellenforschung stehend, lesen sich seine Arbeiten mit Genuss, ich erinnere in dieser Beziehung besonders an die Abhandlungen zur Geschichte des schweizerischen öffentlichen Rechtes, worin er im Jahr 1892 zwei umgearbeitete ältere und eine neue Abhandlung veröffentlichte. So wurde mit Recht von ihm in einem von berufener Feder im „Bund“ geschriebenen Nachruf gesagt: In allen seinen Arbeiten finden wir dieselbe streng wissenschaftliche Untersuchung und die vorsichtige und doch bestimmt gehaltene Folgerung aus einem grossen und meisterhaft beherrschten Material, eine juristische oder geschichtliche Darstellung, die ihn ebenso sehr vor der blossen Wiedergabe von Rechtsaltertümern als vor jeder tendenziösen Geschichtsbetrachtung bewahrt und zu einer Art der geschichtlichen Betrachtung geführt hat, die ihn für alle Zeiten unter die zuverlässigsten Rechtshistoriker nicht nur der Schweiz, sondern der deutschen Wissenschaft überhaupt stellen wird. Ein nur ernsthafter Forschung gewidmetes arbeitsreiches Gelehrtenleben hat mit seinem Hinschied seinen Abschluss gefunden.

Noch im Jahr 1907 starb Advokat *Gottlieb Wolf.* Ursprünglich Lehrer, wendete er sich juristischen Studien zu, war erst Polizeihauptmann in Zürich, dann Advokat, wurde dann ins Bezirksgericht und 1890 ins Obergericht gewählt, dem er bis 1894 angehörte. Er wendete sich wieder dem seinem Temperamente besser zusagenden Anwaltsberufe zu. Wolf zeichnete sich durch einen aufs Praktische gerichteten Sinn aus und wenn er das Recht auf Seite seines Klienten glaubte,

so war er unermüdlich und fand stets neue Wege, um dem Rechte zum Siege zu verhelfen.

In Zürich verloren wir noch Dr. *Jakob Holliger,* gestorben am 26. März. Der Name des Verstorbenen wird Ihnen allen bekannt sein als des Redaktors der Schweizerischen Juristenzeitung. Holliger, geboren 1888, studierte in Zürich, wo er 1904 summa cum laude mit einer Dissertation über die Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Rechte promovierte. Holliger war als Substitut des Gerichtsschreibers am Bezirksgericht Zürich angestellt, wo er sich bald die Achtung seiner Vorgesetzten erworben hatte. Seit dem Jahr 1905 redigierte er die schweizerische Juristenzeitung, die er durch gewissenhafte Arbeit in der Mannigfaltigkeit ihres Inhalts zu einer Art von Centralorgan der Juristenwelt der Schweiz zu gestalten bestrebt war. Ein frühzeitiger Tod hat seinem unermüdlichen Streben ein unerwartetes Ziel gesetzt.

In Basel verstarb im April dieses Jahres Dr. *Herm. Rudin,* Advokat, geb. 1861.

In Bern verschied im Februar 1908 Alt-Oberrichter *Samuel Stooss.* Aus einer Bauernfamilie stammend, hatte er sich dem Rechtsstudium zugewendet. Erst erwarb er sich das Notariatspatent, dann schon als 28-jähriger setzte er sich noch einmal auf die Schulbank und erwarb 1871 das Fürsprecherpatent. Nur kurze Zeit praktizierte er als Anwalt, wurde zum Gerichtspräsidenten von Trachselwald, dann von Burgdorf gewählt, his er im Jahre 1880 an das Obgericht gewählt wurde, dem er bis 1903 angehörte. Seinen Rücktritt musste er wegen zunehmender Kränklichkeit nehmen. Aber bis zu seinem Tode hat er nicht aufgehört, in den verschiedensten Gebieten als Gutachter, Obmann von Schiedsgerichten, als Verwaltungsrat sein reiches Können in den Dienst des Rechtes zu stellen. Sam. Stooss war eine geborne Richternatur. Es war ein Genuss ihm zuzuhören, wenn er als Referent seinen Antrag begründete und den Rechtsfall nach allen Seiten in klarer und überzeugender Weise beleuchtete. Selbst wenn man als Anwalt der unterliegenden Partei angehörte, hatte man die Ueberzeugung, einen gerechten Richter zu haben, der fern von

jeder Willkür nach gewissenhafter Prüfung der tatsächlichen und der Rechtslage zu seinem Urteil gekommen war. Dabei war S. Stoss von einer seltenen Bescheidenheit, wie man sie nicht selten bei Menschen von grossem Wissen und Können begegnet.

Das bernische Obergericht betrauert noch den Verlust seines Präsidenten *Rud. Leuenberger*. Leuenberger stammte aus einer Juristenfamilie, die ihren Stammbaum auf den trotzigen Bauernführer Leuenberger zurückführt. Sein Vater war Notar und Rechtsagent, sein Bruder der 1871 verstorbene Professor Jakob Leuenberger. Im Jahr 1854 machte er sein Fürsprechexamen. Er hat aber nie sehr lange als Anwalt praktiziert, sondern ist vom Staatsanwalt zum Oberrichter avanciert. Diesem Gerichtshofe hat er nach kurzer Unterbrechung bis zu seinem Lebensende seit dem Jahre 1875 als Präsident angehört. Vom Jahre 1875 bis zum Jahr 1887 gehörte er auch dem Nationalrat an. Er war Präsident der Prüfungskommissionen der Anwälte und Notare. Leuenberger zeichnete sich aus durch ein starkes Gefühl für das materielle Recht; überall wo er konnte, suchte er diesem den Vorzug vor der blossen Form zu geben. Ein früheres Mitglied des bernischen Obergerichtes erzählte mir, Leuenberger habe einmal, als wegen Nichterfüllung von Formvorschriften ein Prozess entgegen seiner Auffassung zu Ungunsten einer Partei, die eigentlich im Recht gewesen wäre, entschieden werden musste, unwillig vor sich hin gemurmelt: Ei, da sollte man doch alle Gesetzbücher verbrennen.

Im August starb in Bern *Walter Hohl*. Er war zwar Jurist und hat das bernische Fürsprechexamen bestanden, wendete sich aber bald der Journalistik zu. Seine Berufskollegen rühmten die Sachlichkeit seiner Berichterstattungen. Er hinterlässt das Andenken eines pflichttreuen und lauteren Menschen.

In Zürich starb am Karfreitag an den Folgen einer Operation Gotthardbahndirektor Dr. *Stoffel* aus Luzern. Im Jahre 1842 in Arbon geboren, wurde er 1867 Mitglied des Grossen Rates des Kantons Thurgau und 1869 Gerichtspräsident des Bezirks Arbon. 1872 erfolgte seine Wahl in den Nationalrat, 1874 trat er in den thurgauischen Regierungsrat ein. Im

Jahre 1879 wurde er in die Direktion der Gotthardbahn berufen, wo ihm im besondern die Durchführung der Expropriationen, die Begutachtung aller Rechtsfragen, die Schöpfung von Fürsorgeeinrichtungen und die Leitung des kommerziellen Dienstes zufiel. Ausserdem bekleidete er das Vizepräsidium. Nach dem Tode Zinggs 1891 wurde ihm das Präsidium der Direktion und die Vorsteherschaft über das Finanzwesen übertragen, während er die Leitung des Expropriations- und des Reklamewesens sowie des kommerziellen Dienstes an Wüst abtrat. Nach des letztern Tode übernahm er neuerdings den kommerziellen Dienst; dazu kamen die Fragen des Rückkaufs. Er entfaltete bis zu seinem tief betrauerten Tode eine unermüdliche Arbeitskraft.

Im Alter von kaum 50 Jahren wurde in Luzern dahingerafft Ständerat *Dr. von Schumacher,* Vorsteher des luzernischen Justizdepartementes, ein hervorragender Verwaltungsbeamter. Er absolvierte seine Studien in Strassburg, München und Zürich, wo er den Doktor machte. In seinen Heimatkanton zurückgekehrt, bestand er glänzend die Anwaltsprüfung. Seine Neigung führte ihn nach kurzer praktischer Tätigkeit als Anwalt in den Staatsdienst. Er war erst zweiter Obergerichtsschreiber, dann Staatsschreiber und schliesslich Regierungsrat, als welcher er die Leitung des Justizdepartementes übernahm. Im Jahre 1895 wurde er in den Ständerat gewählt. Dass seine Befähigung in Verwaltungssachen auch im Ausland anerkannt wurde, beweist die Mission, die ihn im Auftrage der Regierung des belgischen Kongostaates 1904/05 nach Afrika führte.

In Luzern starb im Dezember 1907 Fürsprech *Dr. Max Arnold.* Geboren 1869 in Willisau, studierte er die Rechte in München, Leipzig, Heidelberg und Bern. Er machte in Bern den Doktor und bestand das luzernische Fürsprechexamen, worauf er ein selbständiges Advokaturbureau eröffnete. Aus vielversprechender Tätigkeit wurde er nach längerer Krankheit hinweggerufen.

In Kriens starb im August dieses Jahres, allgemein betrauert, Gemeindeschreiber *Richard Scherrer,* geboren 1855. Er erwarb sich zuerst den Befähigungsausweis zum Gerichts-

schreiber und die Arbeit auf einer Gerichtsschreiberei brachte ihn auf den Gedanken, sich zum Anwalt auszubilden. Er studierte in Heidelberg und Strassburg und bestand 1882 das Advokatenexamen in Luzern. Nach kurzer Anwaltstätigkeit wurde er 1887 zum Gemeindeschreiber von Kriens gewählt, in welcher Stellung er sich durch tüchtige Besorgung der Geschäfte und grosse Dienstfertigkeit beliebt machte.

Von raschem Tode ereilt wurde im April dieses Jahres Fürsprech *Dr. Diethelm* aus Lachen (Kanton Schwyz) im Anwaltszimmer des Bundesgerichtes. Er war nach Lausanne gekommen, um der Beratung eines Falles beizuwohnen, in welchem er eine Partei zu vertreten hatte. Vom plötzlichen Unwohlsein ergriffen verschied er, ohne dass die herbeigerufenen Aerzte dem hereinbrechenden Tode wehren konnten. Geboren 1863 in Lachen, studierte er die Rechte in Basel, München und Bern, an welch letzterem Orte er sich den Doktorhut holte. Er eröffnete dann in Lachen ein Anwaltsbureau und erwarb sich bald in der ganzen Ostschweiz und den Urkantonen eine weitverzweigte Praxis. Die rastlose und aufreibende Tätigkeit, die er im Dienste seiner Klienten entwickelte, mag vielleicht an seinem frühen Tode mit Schuld tragen. Er war Mitglied des grossen Rates des Kantons Schwyz und des Kreiseisenbahnrates. In der Gemeindeverwaltung von Lachen beteiligte er sich in hervorragender Weise und bekleidete 1902—1904 die Stellung des Gemeindepräsidenten.

Im Oktober dieses Jahres verstarb in Schwyz Kantonsrichter *Ambros Eberle.* Geboren im Jahre 1839, machte er nach Absolvierung der Gymnasialstudien seine juristischen Studien auf der Universität München. 1862 wurde er Vizestaatsanwalt. 1880—1888 war er Kriminalrichter, von 1894—1901 bekleidete er, vom Kreis Einsiedeln gewählt, das Amt eines Kantonsrichters. Auch sonst hat er in einer Reihe von Verwaltungsämtern seine Fähigkeiten in den Dienst des Gemeinwesens gestellt. 1884—1900 war er Mitglied des Grossen Rates.

In Murten starb im August dieses Jahres der Betreibungsbeamte *Pierre Nicolet,* Licentiat der Rechte, vorher Sekretär auf dem kantonalen Erziehungsdepartement.

Im Kanton Wallis haben wir drei Mitglieder durch den Tod verloren.

Im Oktober 1907 starb in Vispach Kantonsrichter *Cäsar Clemenz,* Appellationsrichter. Nach guten klassischen Studien besuchte er die Rechtsschule in Sitten; hat aber auch ferner seine Fachkenntnisse durch Selbststudium vervollständigt und auf dem Laufenden erhalten. Allgemeine Bildung, gesundes Urteil und stets sich beherrschende Gemessenheit befähigten ihn besonders zur Ausübung des Richteramtes. Auch war er beider Landessprachen vorzüglich kundig. So versah er zuerst die Stellung eines Gerichtsschreibers, dann während langen Jahren amtete er als Gerichtspräsident und trat endlich ins Kantonsgericht über. — Seinen Bezirk hat Clemenz ständig im Grossen Rat des Kantons vertreten. Er genoss den Ruf eines gerechten Mannes und klugen Beamten.

Ganz unerwartet hat im Mai 1908 der Tod dem Kanton Wallis einen tüchtigen Juristen in der Person des *Dr. Herrmann Gentinetta* in Leuk-Stadt entrissen. Erst 46 Jahre alt, umgeben von einer blühenden Familie, mitten aus erfolgreicher Tätigkeit, geachtet und geehrt, hat ihn ein tückischer Anfall von Diabetes dahingerafft. Seine Rechtsstudien machte er auf Grund guter klassischer Bildung an der kantonalen Rechtsschule, in Genf und in Bern, wo er zum Doktor promovierte. Seine Abhandlung über die Gefahr beim Verkaufe wird noch jetzt in juristischen Kreisen geschätzt. Der Verstorbene erwarb sich bald eine ausgedehnte Anwaltspraxis. Er bekleidete beim Kantonsgericht für Strafsachen das Amt eines Staatsanwaltes. H. Gentinetta zeichnete sich durch grosse Gewissenhaftigkeit und ausgesprochenen Rechtssinn aus, welche Eigenschaften ihn bei seinen Klienten beliebt machten und dem Gegner Achtung einflössten. Als Grossrat und im öffentlichen Leben besass der Verstorbene in hohem Masse die Gabe, erregte Gemüter zu beschwichtigen und Parteigegensätze zu mildern.

Ebenfalls in Leuk-Stadt starb im Juni 1908, im Alter von 46 Jahren Advokat *Peter Marie Zen-Ruffinen.* Er studierte nach absolviertem Gymnasium die Rechte an der Universität Insbruck. Er hat sich als Bezirksanwalt und als Gerichts-

präsident betätigt. Er befasste sich viel mit sozial-ethischen Fragen. Mit Geschick und Mut verstand er es, in öffentlichen Versammlungen für gemeinnützige und ideale Bestrebungen einzutreten.

In Chaux-de-Fonds starb am 30. Januar 1908 im Alter von 75 Jahren *Julius Breitmeyer,* von Beruf Rechtsanwalt. Vom Gymnasium von Neuenburg weg besuchte er die Universitäten von Heidelberg, Berlin und Paris. Im Jahr 1856 eröffnete er sein Anwaltsbureau in Chaux-de-Fonds und ist zeitlebens dem Anwaltsberufe treu geblieben. Er machte sich rasch eine grosse Klientschaft und bald war kein bedeutender Prozess im Kanton Neuenburg, mit dem nicht der Name Breitmeyer verknüpft war. Seine Redegabe machte ihn zu einem beliebten Verteidiger vor den Strafgerichten. Im öffentlichen Leben hat er seiner Vaterstadt als langjähriges Mitglied des Gemeinderates, den er mehrmals präsidierte, geschätzte Dienste geleistet. Er war Präsident der conférence des avocats neuchâtelois und Mitglied der Advokatenprüfungskommission. Von liebenswürdigem und wohlwollendem Charakter, entgegenkommend im Verkehr, geistreich im Vortrag, manchmal ironisch, ohne je verletzend zu werden, hat er bei allen, die ihn kannten, das beste Andenken hinterlassen.

Im Barreau von Genf betrauert man den Verlust von *Eugène Henri le Royer,* geboren in Genf 1863, gestorben am 19. April 1908. Nach Absolvierung seiner Studien war er von 1888—1898 Sekretär des Justizdepartements. Seine Vorgesetzten wussten seine Befähigung zu Erledigung von Verwaltungsgeschäften, seine Ordnungsliebe und Genauigkeit, sein klares und bestimmtes Urteil und seinen angenehmen Umgang zu schätzen. Er leitete die Konferenzen zur Einführung des anthropometrischen Dienstes nach System Bertillon. 1894 trat er in den Anwaltstand zurück. Er versah zwar während einigen Monaten die Stellung eines Richters am Gerichte V. Instanz, lehnte es aber ab, in die Beamtencarriere einzutreten. Sein vorzeitiger Tod nach wenigen Wochen schwerer Krankheit hat in Genf allgemeines Bedauern erregt. Der Sprechende hatte noch kurze Zeit vor dem Tode Le Royers bei einer Schiedsgerichtssache Gelegenheit

zu beobachten, mit welchem Geschick und welcher Zähigkeit Le Royer die Interessen seiner Klientschaft zu vertreten wusste.

Kaum eine Woche vor Zusammentritt der heutigen Versammlung kam aus dem Thurgau die Trauerkunde, dass Ständerat *Albert Scherb* am 18. September die Augen geschlossen hat. Geboren 1839 zu Huttlingen in Bischofzell. Nach absolvierter Gymnasialzeit studierte er in Zürich, München und Paris. 1869 bis 1889 war er thurgauischer Staatsanwalt. 1889 bis 1899 bekleidete er als erster im Amte die neu geschaffene Stelle des ständigen Bundesanwaltes. Er war von 1867 bis 1889 und von 1902 wieder Mitglied des kantonalen Grossen Rates, von 1869 bis zu seinem Tode Mitglied der Bundesversammlung, bis 1881 im Nationalrat, nachher im Ständerat. Scherb war einer der einflussreichsten Parlamentarier, seine Voten zeichneten sich durch Sachlichkeit, Kürze und Knappheit der Form aus. In seinem Charakterkopf sassen ein Paar klare und scharfe Augen, mit denen er Personen und Sachen durch und durch schaute. Er war ein gerader und offener Charakter.

Ich erkläre die 46. Generalversammlung für eröffnet.

II.

Vom Vorstand wurden im Laufe des Jahres aufgenommen:

1. *Bindschedler, G.*, Dr., Sekretär des Vorortes des schweizerischen Handels- und Industrievereins Zürich.
2. *Selmann, H.*, Dr., Kantonaler Notariats-Inspektor, Zürich.
3. *Rahn, H.*, Dr., Obergerichtssekretär, Zürich.
4. *ob Iberg, G.*, Dr., Advokat, Schwyz.
5. *Hirzel, Edwin*, Rechtsanwalt, Meilen.
6. *Meyer, Eugen*, Dr., Rechtsanwalt, Liestal.
7. *Bindschedler, J.*, Rechtsanwalt, Zürich.
8. *Wegmann, F.*, Dr., Direktor des schweizerischen Bankvereins, Zürich.
9. *Meyer, A.*, Rechtsanwalt, Zürich.
10. *Stockar, C.*, Dr., Bezirksrichter, Zürich.

11. *Meyer, H.,* Dr., Rechtsanwalt, Zürich.
12. *Hildebrandt, J.,* Rechtsanwalt, Winterthur.
13. *Brunner, Alfred,* Staatsanwalt, Zürich.
14. *Balsiger, H. R.,* Dr., Sekretär der Bauverwaltung der Stadt [Zürich.
15. *Thalberg, Jak.,* Dr., Rechtsanwalt, Zürich.
16. *Schneller, L.,* Dr., Rechtsanwalt, Zürich.
17. *Schmid, P.,* Dr., Rechtsanwalt, Winterthur.
18. *Cramer, Eug.,* Dr., Rechtsanwalt, Basel.
19. *Christ, G.,* Dr., Rechtsanwalt, Zürich.
20. *Kolb, Max,* Dr., Rechtsanwalt, Zürich.
21. *Ernst, Gustav,* Dr., Zürich.
22. *Meyer, Franz,* Notar, Solothurn.
23. *v. Grebel, H.,* Dr., Bezirksrichter, Zürich.
24. *Siegfried, E.,* Dr., Bezirksanwalt, Zürich.
25. *Lüthy, Ferd.,* Dr., Auditor bei der Bezirks-Anwaltschaft, [Zürich.
26. *Lindenmann, H.,* Fürsprech, Frutigen.
27. *Gmür, A.,* Dr., Rechtsanwalt, Rapperswyl.
28. *Hanggartner, Ulr.,* Licentiat, Altstätten (Rheintal).
29. *Hess, Gustav,* Bezirksrichter, Zürich.
30. *Bryner, C. Emil,* Substitut, Zürich.
31. *Witzinger, Rob.,* Dr., Rechtsanwalt, Zürich.
32. *Bänninger, Emil,* Rechtsanwalt, Zürich.
33. *Usteri, Paul,* Dr., jun., Auditor, Zürich.
34. *Hasler,* Dr., Bezirksrichter, Zürich.
35. *Schwarz, J.,* Gerichtsschreiber am Bezirksgericht, Zürich.
36. *Schnabel, C.,* Dr., Rechtsanwalt, Zollikon b. Zürich.
37. *Herforth,* Dr., Rechtsanwalt, Zürich.
38. *Schmid, Peter,* Dr., Direktor, Horgen.
39. *Wüest, Cas.,* Rechtsanwalt, Zürich.
40. *Kollbrunner,* Dr., Bezirksanwalt, Zürich.
41. *Bolla, Arnaldo,* avv., presidente di tribunale, Bellinzona.

Von der Versammlung wurden in den Verein aufgenommen:

1. *Schulthess, L.,* Dr., Gerichtspräsident, Brugg.
2. *Aman, Ch.,* Dr., Rechtsanwalt, Zürich.
3. *Burger, Hans,* Oberrichter, Aarau.

4. *v. Steiger, Ed.,* Fürsprech, Bern.
5. *Kirchhoff, Walter,* Fürsprech, Thun.
6. *Horber, C.,* Dr., Professor an der kantonalen Handelsschule, Zürich.
7. *Wydler, E.,* Substitut am Bezirksgericht, Horgen.
8. *Enderli, H.,* Dr., Bezirksrichter, Zürich.
9. *Brückmann, Bruno,* Dr., Rechtsanwalt, Zürich.
10. *Bertheau, Theodor,* Dr., Rechtsanwalt, Winterthur.

III.

Namens des Vorstandes beantragt der Präsident der Versammlung, Herrn Prof. Dr. *E. Huber* in Bern zum Ehrenmitglied des schweiz. Juristenvereins zu ernennen. Seine Tätigkeit als Gesetzgeber, in der er das Höchste geleistet, seine Tätigkeit als hervorragender Lehrer der akademischen Jugend rechtfertigen das vollauf. Die Versammlung stimmt freudig zu.

Auf Vorschlag des Vorstandes bezeichnet die Versammlung als Sekretäre die Herren Dr. *Arnold Escher,* Privatdozent an der Universität Zürich und *Arnaldo Bolla,* Advokat und Gerichtspräsident in Bellinzona.

Zu Stimmenzählern werden gewählt die Herren Dr. *Morel,* Rechtsanwalt in St. Gallen und Dr. *Rascher,* Rechtsanwalt in Zürich.

IV.

Namens der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich begrüsst deren Dekan Prof. Dr. *A. Egger* die Versammlung mit einem Hinweis auf die glückliche Vollendung des schweizerischen Zivilgesetzbuches. Der Juristenverein hat stets Theorie und Praxis in harmonischen Einklang zu bringen gesucht, und so dem Gesetzgeber gangbare Wege gewiesen. So ist der Erfolg des ZGB auch ein Erfolg des schweiz. Juristenvereins. Die Fakultät hat es sich nicht nehmen lassen, den heutigen Tag durch Herausgabe einer wissenschaftlichen Festgabe zu feiern, enthaltend Abhandlungen der Herren Prof. Meili, Zürcher, Cohn, Hitzig, Egger, Huber, Haffter, Bachmann.

Der Präsident verdankt die wertvolle Gabe aufs wärmste.

Er teilt mit, dass die Buchhandlung Stämpfli & Cie. an den Vorstand das Gesuch gerichtet habe, es möchte der Verein pro Mitglied ein Exemplar der Schrift von Dr. P. Wäber: „Verzeichnis juristischer Abkürzungen" ankaufen, nachdem der schweiz. Anwaltsverband die Broschüre bereits angeschafft hat. Der Vorstand glaubt aber nicht, dass eine solche Anschaffung im Interesse des Juristenvereins liege, und beantragt Nichteintreten. Das Gesuch wird vom Verein abgewiesen.

Ferner hat Dr. *J. Bühlmann,* Rechtsanwalt, früher in Luzern, jetzt in Zürich, in einer Eingabe an die Versammlung das Gesuch gestellt: es möchte eine Untersuchung veranstaltet werden betr. seine Suspension durch das luzernische Obergericht. Die Versammlung beschliesst aber, nicht darauf einzutreten.

Der Präsident verliest ein Schreiben von Herrn Prof. Dr. *Eugen Huber* in Bern, worin dieser bedauert, der heutigen Tagung des Juristenvereins wegen der Session der Bundesversammlung fernbleiben zu müssen.

V.

Diskussionsthema: **Die Revision des eidgenössischen Expropriationsverfahrens.** Referent Dr. *Maag* in Zürich.

Der Referent verweist auf die gedruckten Thesen und Ausführungen. Zunächst tritt er der in einem Artikel der „Neuen Zürch. Ztg." (26. IX. 1908, Morgenblatt) von einem ihm nicht bekannten Verfasser aufgestellten Behauptung entgegen, die These I sei so aufzufassen, dass die Aussteckung allein alle den Expropriaten interessierenden Details enthalten müsse. Aus seinen Ausführungen gehe vielmehr deutlich hervor, dass aus Aussteckung und Plan zusammen diese Details ersichtlich sein müssen.

Das Expropriationsverfahren bedeutet, solange das Eigentumsrecht gewährleistet ist, immer etwas Ausserordentliches. Daraus erklärt sich These I. These II, wonach neben der öffentlichen Bekanntmachung der Expropriation eine direkte

Mitteilung an den Expropriaten zu erlassen ist, will verhüten, dass letzterer durch Krankheit, Militärdienst etc. in Schaden komme.

These III. Wenn diese direkte Benachrichtigung eingeführt wird, so wird die Nachfrist von 6 Monaten und das summarische Verfahren überflüssig. These IV beabsichtigt die Ausfüllung einer Lücke des bisherigen Gesetzes. Durch These V wird eine Unbilligkeit des jetzigen Rechts behoben. Das zürcherische Expropriationsgesetz ist in dieser Beziehung billiger gegenüber dem Expropriaten. These VI verlangt, dass dinglich Berechtigte, wenn abtretungspflichtig oder nach Artikel 6, 7 forderungsberechtigt, wie Expropriaten zu behandeln sind. Diese sollen ihre Rechte selber wahren. Der Expropriant soll ihnen Anzeige machen. Einen weiteren Punkt betreffend die Entschädigung des Enteigneten für die Folgen des Expropriations-Bannes (Entzug der Verfügungsfreiheit über das Enteignungsobjekt), hat Referent nicht als eigentliche These aufgestellt. Er befürwortet aber doch, dass in Zukunft dem Enteigner die Beweislast auferlegt werde, dass kein Schaden entstanden. Ein klassischer Vorschlag ist das ja nicht, aber es ist richtiger, dass Unbilligkeiten den Exproprianten treffen, der einen Eingriff ins Privateigentum macht. Ferner soll letzterer zinspflichtig sein von dem Tag an, wo das Interdikt (Expropriationsbann) ausgesprochen ist. Statt dessen wäre auch möglich zu bestimmen, der Bann dürfe nicht länger als ein Jahr dauern, oder es müsse ein Unfreiwilligkeitszuschlag bezahlt werden, wenn der Bann über eine bestimmte Frist hinausgehe.

These VII. Aus seiner Anwaltspraxis weiss Referent, dass der Enteigner die Sache oft unentschuldbar in die Länge zieht.

These VIII. Da sowieso das Grundbuchwesen neu geordnet werden muss, so soll die Entschädigung (Geldzahlung, Abtausch etc.) durch das Grundbuchamt reguliert werden.

Referent bemerkt zum Schluss, als Anwalt habe er naturgemäss mehr die Sache des Expropriaten vertreten. Die andere Meinung werde sowieso auch zum Wort kommen.

Sur la révision de la procédure fédérale en matière d'expropriation, par le co-rapporteur Dr. *G. de Weiss,* avocat, à Lausanne.

A. Introduction et coup d'œil historique.

La loi du 1er mai 1850 sur l'expropriation pour cause d'utilité publique, qui nous régit depuis près de 60 ans, a certainement rendu de signalés services. Toutefois elle a vieilli, selon le sort commun; certaines de ces dispositions ont paru surannées, démodées ou peu équitables et, de divers côtés, se sont fait jour des propositions de révision.

L'initiative en est même venue des pouvoirs publics fédéraux. En 1877 déjà, dans son rapport de gestion, le Conseil fédéral a soulevé la question et reconnu la nécessité d'une révision. Ce n'est cependant que seize ans plus tard, soit en 1893, que le Conseil fédéral, par l'intermédiaire de son Département de justice et police, s'est adressé au Tribunal fédéral et lui a posé la question de savoir si une révision de la loi de 1850 ne devrait pas être entreprise. Le Conseil fédéral demandait en même temps à notre haute autorité judiciaire de lui signaler les défauts et les lacunes revélés par l'application de la dite loi. — Le Tribunal fédéral a adressé peu après au Département fédéral de justice et police un intéressant rapport daté du 31 juillet *1893* et signé par les très regrettés juristes MM. Hafner et Rott. Tout en signalant quelques points sur lesquels la loi pourrait être complétée, le Tribunal fédéral ne parut pas témoigner d'un grand enthousiasme en faveur d'une révision et déclara d'emblée que la loi de 1850 s'etait revélée d'une façon générale comme „pratique“ et n'avait prêté le flanc à aucune critique grave (zu keinen wesentlichen Anständen Anlass gab). Là où des lacunes se sont manifestées, le Tribunal fédéral a cherché à les combler par la voie de *„l'interprétation.“* Hâtons-nous de dire que cette voie paraît toujours un peu dangereuse et arbitraire.

Ce projet de révision de la loi a sommeillé dans les cartons durant quelques années, le Département de justice et police étant absorbé par d'autres travaux plus urgents. La question a été soulevée à nouveau en *1900* par le rapport de la Commission du Conseil National sur la gestion du Conseil fédéral et du Tribunal fédéral en 1899. Ce rapport s'exprime comme suit:

„La loi fédérale sur l'expropriation pour cause d'utilité publique, du 1er mai 1850, ne répond plus, à notre avis, aux conditions que l'on doit exiger aujourd'hui d'une loi sur cette matière. *Il est nécessaire de procéder au plus tôt à une révision.* Il faut établir l'intangibilité du principe d'après lequel une expropriation ne doit s'effectuer que contre le plein dédommagement de toute atteinte à la propriété sans qu'il y ait de la faute du cessionnaire. Or, la loi protège en général trop les intérêts du demandeur et pas assez ceux du défendeur; la procédure est trop lente, et nombre de dispositions ne sont pas suffisamment claires. Sans vouloir établir précisément un programme complet pour la révision de cette loi, nous ferons ressortir en particulier les points suivants:

Le simple dépôt des plans d'expropriation dans les communes ne constitue pas une base suffisante pour toute la procédure. La loi ne fournit aucun moyen d'obliger le demandeur à mettre à exécution, dans un délai déterminé, l'expropriation annoncée par le dépôt des plans ou bien d'y renoncer complètement dans le même délai. L'état de droit, extrêmement gênant pour le propriétaire en cause, créé par le dépôt des plans, peut durer ainsi de longues années. La possibilité d'obliger un propriétaire à céder son immeuble sans en toucher le prix, mais simplement contre un cautionnement, peut causer à ce propriétaire un dommage considérable, d'autant plus sensible que le jugement définitif et par suite le paiement de l'immeuble se feront plus longtemps attendre. Il serait donc extrêmement nécessaire de chercher, en tous cas, le moyen *d'activer la procédure,* ce à quoi il nous semble possible d'arriver. Enfin il y aurait encore lieu d'examiner si l'on ne pourrait pas, par une autre forme de procédure, décharger

notablement le Tribunal fédéral, qui se plaint, dans son rapport de gestion pour 1899, du poids toujours plus lourd des affaires et de la besogne considérable que lui procurent les litiges en expropriation."

La Commission de gestion, fondée sur les considérations qui précèdent, a formulé le postulat suivant: „Le Conseil fédéral est invité à examiner si l'on ne devrait pas réviser la loi fédérale sur l'expropriation pour cause d'utilité publique et à présenter un rapport à ce sujet."

Au cours de la discussion, M. *Iselin*, rapporteur, a constaté que la loi avait un demi-siècle de durée et que, pendant ce temps, de nouveaux besoins étaient nés. La commission ne formule pas de programme de révision, mais expose quelques unes des *principales défectuosités de la loi.* La procédure est longue et coûteuse. L'exproprié doit parfois attendre deux ou trois ans avant de recevoir une indemnité, alors que l'instant à l'expropriation est déjà entré en possession. L'opportunité d'une révision est d'autant plus grande que la loi forestière et la loi sur les transports de force électrique augmentent sensiblement le nombre des cas d'expropriation, tandis que, d'autre part, il importe de décharger le Tribunal fédéral. La commission, ajoute M. Iselin, *est unanime à demander la révision de la loi.*

Le conseiller national de Meuron appuie le postulat et s'élève entr'autres contre les effets vraiment abusifs attribués par la loi au dépôt des plans, qui sert de procédé introductif de l'expropriation. La loi devrait au moins assurer à l'exproprié le bénéfice d'un avis personnel l'informant des intentions de l'entrepreneur. L'orateur critique aussi les incertitudes dans lesquelles l'entrepreneur peut laisser l'exproprié sur la suite qu'il donnera à ses projets et l'insuffisance de l'indemnité en cas de non-prise de possession immédiate. Le droit d'extension et le droit de réacquisition devraient être mieux précisés. Le mode de composition de la commission d'estimation est défectueux; il exclut complètement les parties de toute action sur la composition de la commission. Le règlement de 1854 sur les commissions d'estimation devrait être

revu. La révision devra aussi mieux caractériser les éléments de l'indemnité et fixer le moment précis où le dommage doit être évalué.

De même que M. de Meuron, le conseiller national *de Planta* appuie vivement le postulat de la commission de gestion. Non seulement, dit-il, la procédure de la loi de 1850 est défectueuse, mais cette loi ne précise pas même les éléments de l'indemnité. M. de Planta voudrait remplacer l'indemnité basée sur la valeur totale de l'objet exproprié par une estimation de la valeur „effective" (?) à laquelle on ajouterait le 20 %, comme dans diverses lois cantonales. La loi exige pour ouvrir le droit à l'indemnité que l'exproprié soit lésé dans l'exercice d'un droit privé acquis, tandis que l'expropriation peut causer un dommage considérable, sans lésion de droit, par la seule modification dans la situation de l'exproprié.

M. le conseiller national *Gisi* demande que le propriétaire soit avisé immédiatement de la demande d'expropriation, afin qu'il ne soit pas victime des spéculateurs. Il préconise le système, des commissions d'estimation, en opposition à celui de l'arbitrage.

Enfin, M. le conseiller fédéral *Brenner,* devant cette attaque concentrique, défend la loi actuelle, laquelle, dit-il, a rendu d'excellents services. Il rappelle que les traductions en français et en italien, qui avaient été fort mal faites, à l'origine, ont été modifiées dès lors par les soins du Conseil fédéral. Le point qu'il serait le plus utile de réviser serait sans doute celui qui concerne *la durée des procès;* l'on pourrait peut-être se contenter *d'une seule commission* d'estimation, qu'on entourerait de toutes les garanties. M. Brenner déclare que le Conseil fédéral est tout disposé à examiner la question dans son ensemble.

Ensuite de ce débat le postulat a été adopté sans opposition par le Conseil national.

Peu après, le Département de justice et police s'est derechef adressé au Tribunal fédéral, l'a nanti du postulat et du débat y relatif et lui a demandé un nouveau rapport sur la question de la révision de la loi de 1850.

Le Tribunal fédéral a répondu à cette invitation en date du 25 juin 1901 en confirmant l'opinion générale exprimée dans son rapport de 1893, en déclarant que la loi était „pratique“ et ne prêtait guère le flanc à des critiques importantes. Toutefois, le Tribunal fédéral reconnaît que la loi révèle à l'examen de nombreuses défectuosités de construction et de rédaction, qu'elle ne s'inspire pas des données de la „technique législative moderne“ et qu'elle renferme un certain nombre de dispositions, qui pourraient être améliorées, non seulement dans la forme, mais dans le fond. „D'une manière générale, cette loi peut être envisagée comme surannée (veraltet) mais beaucoup plus dans sa forme que dans le fond.“ Et le Tribunal fédéral exprime la conviction que, d'une manière générale et dans ses grandes lignes, la loi répond à son but et est encore de nature à satisfaire aux besoins actuels. Nous ne partageons pas, disons-le dès l'abord, cet optimisme et ne sommes pas animés, en l'espèce, de cet instinct de conservation. Nous croyons qu'une révision de la loi est tout à fait indiquée et désirable dans les circonstances actuelles.

Le Tribunal fédéral ne se range pas à l'opinion, soutenue au Conseil national, que la loi protégerait, d'une façon excessive, les intérêts des entrepreneurs, et ne sauvegarderait pas suffisamment ceux des expropriés. — Le principe de la pleine indemnité est posé par la loi à son art. 3, et si des erreurs d'évaluation ont pu se produire, aucune loi, si bien rédigée soit-elle, ne peut, en fait, les empêcher. D'autre part, le Tribunal fédéral constate que les inconvénients résultant des lacunes et de la rédaction défectueuse de la loi ont été, en partie, supprimés par une longue pratique et par une jurisprudence en somme suivie et conséquente. La révision de la loi n'apparaît donc pas au Tribunal fédéral comme une nécessité urgente et cette autorité semble craindre que l'ardeur réformatrice ne s'arrête pas simplement à une mise au point, à une amélioration de la loi, mais ne conduise à une *révision totale,* à un bouleversement des principes en vigueur et à l'adoption de règles nouvelles. Nous n'hésitons pas à déclarer que ces craintes nous paraissent exagérées. Enfin, le Tribunal

fédéral exprime, avec beaucoup de raison, l'avis qu'il y aurait lieu d'attendre, pour procéder à cette révision, que l'on soit fixé sur les principes qui présideront à l'unification du droit suisse en *matière de droits réels,* ces domaines étant intimement liés et dans un rapport d'étroite dépendance. Aujourd'hui, comme nous le constatons ailleurs, nous sommes fixés à cet égard.

Dès ce moment, la question de la révision de la loi de 1850 est restée en suspens; les travaux du Code civil fédéral, de la révision du droit des obligations, des lois d'assurance ont relégué cette préoccupation à l'arrière-plan. Grâce aux renseignements de notre honorable président et à l'obligeance du Département fédéral de justice et police, auxquels nous exprimons de nouveau notre gratitude, il nous a été donné de pouvoir parcourir les deux rapports du Tribunal fédéral et d'étudier les idées que professe en cette matière notre haute autorité judiciaire. Il est fort difficile, dans ce domaine un peu hybride de l'expropriation, qui chevauche à la fois sur le droit civil et le droit administratif, de séparer rigoureusement le droit *formel* du droit *matériel*, les dispositions de procédure des principes recteurs et dirigeants. En réalité, les principes fondamentaux de l'expropriation fédérale ne sont contenus qu'à l'art. 23 de la constitution fédérale et dans les articles 1, 2 et 3 de la loi de 1850. Toutes les autres dispositions peuvent être envisagées comme des „dispositions de procédure," d'application, de mise en œuvre des susdits principes.

Nous pensons donc ne pas sortir du sujet, ou tout au moins être en droit de comprendre ce sujet dans un sens un peu large, en signalant en passant, et très à la hâte, *certaines questions de droit, plus matériel que formel*, qui devraient, à notre avis, être englobées dans la révision souhaitée.

Sans méconnaître les mérites de la loi de 1850, que nous avons déjà constatés, disons d'emblée que nous considérons une *révision* de cette loi comme *utile* et même comme *nécessaire,* tant au point de vue du fond que de la forme.

La protection du droit de propriété est une des questions qui touchent du plus près à la prospérité économique d'un

pays. La solution de cette question a une haute portée matérielle, économique et morale et, sans prétendre sacrifier à un individualisme borné et intransigeant les intérêts légitimes de l'Etat ou de la collectivité, il convient d'être très prudent en pareille matière, de se souvenir que la prospérité d'un Etat est intimement liée à celle de ses membres, et que l'esprit d'initiative, les vélléités de progrès et d'enrichissement des citoyens, des propriétaires privés, l'essor individuel, ne doivent pas être systématiquement entravés, enrayés ou contrecarrés par la main de fer de l'Etat, par les mille rouages d'une administration parfois méfiante, envieuse et bureaucratique. Et si nous exprimons cette manière de voir, c'est que, précisément dans notre matière de l'expropriation, la nationalisation de nos chemins de fer, la constitution de la puissante administration des C. F. F., n'a pas été de nature à augmenter les garanties des expropriés, ni le respect de la propriété individuelle. — La disposition qui dispense les C. F. F. de fournir caution, en cas de prise de possession immédiate, en est un exemple. Il importe, croyons nous, de réagir contre cette tendance, contre cette inégalité d'influence, contre ce manque d'équilibre, en fixant, d'une manière précise et même minutieuse, les principes essentiels qui doivent régir le droit d'expropriation et garantir les expropriés contre l'arbitraire.

Signalons encore le fait que, depuis le postulat du Conseil national et le dernier rapport du Tribunal fédéral, le *Code civil fédéral* a été adopté et que les prescriptions uniformes qu'il introduit en matière de droits réels et de registres fonciers rendent possible l'adoption de dispositions nouvelles et plus précises en matière d'expropriation.

Les art. 655 et suivants, 666, 667, 674, 675, 676, 680, 689, 691, 702, 703, 704 et suivants, 731 et 783 du nouveau code civil fédéral sont, entr'autres, destinés à exercer une influence sur le droit d'expropriation. Le principe nouveau qui est de nature à modifier la procédure d'expropriation, c'est celui qui est posé en ces termes à l'art. 656 „*L'inscription au registre foncier est nécessaire* pour l'acquisition de la propriété foncière"; à l'art. 942: „Le registre foncier donne

l'état des droits sur les immeubles. Il comprend le Grand-livre, les documents complémentaires (plan, rôle, pièces justificatives, état descriptif) et le journal" et à l'art. 943: „Sont immatriculés comme immeubles au registre foncier 1° les biens fonds, 2° les droits distincts et permanents sur les immeubles, 3° les mines." L'art. 970 prescrit que le *registre foncier est public* et que nul (pas même l'administration des C. F. F.) ne peut se prévaloir de ce qu'il n'a pas connu une inscription portée au registre foncier. Enfin, l'art. 38 des dispositions transitoires prévoit que le Conseil fédéral, après entente avec les cantons, dresse un plan général pour *l'établissement du registre foncier* et *la mensuration du sol.* A signaler aussi les art. 43—45 des dispositions transitoires, relatifs à l'inscription des droits réels.

Toutes ces dispositions, lorsqu'elles auront été mises en vigueur, — et ce sera un travail de longue haleine dans les cantons qui ne possèdent pas encore de cadastre — seront de nature à faciliter et à simplifier les expropriations.

B. Examen des principales modifications à apporter à la loi actuelle.

Après cet historique et ces remarques d'une portée générale nous allons passer en revue un certain nombre de dispositions de la loi de 1850 qui nous paraissent devoir faire l'objet de transformations ou signaler des innovations à apporter à cette loi.

Nous nous rallions d'une manière générale aux constatations si intéressantes et aux conclusions du rapporteur, notre confrère M. le Dr. Maag, spécialement à ses conclusions Nos. 2, 5, 6 et 7 que nous examinerons encore brièvement. Nous passerons successivement en revue, sous 5 rubriques, les principales modifications et améliorations qu'il y aurait lieu, à notre avis, d'apporter à la loi de 1850.

I. Extension de l'objet du droit d'expropriation.

Il serait désirable d'étendre le champ d'action de la loi, de ne pas le restreindre à l'exécution de travaux publics et

d'y englober, non seulement les immeubles, mais aussi les biens meubles et même les droits immatériels, lorsque *l'utilité publique* est bien constatée. Les réquisitions de chevaux, de denrées, en temps de guerre et même en temps de paix, ne sont pas autre chose qu'une expropriation. En dehors des buts militaires, il est bien des cas dans lesquels une expropriation mobilière serait justifiée, par exemple en vue de conserver au pays un objet d'art national de grande valeur, acquérir un brevet d'invention ayant une utilité évidente pour la défense nationale, etc.

Seulement, cette modification aura l'inconvénient de nécessiter une révision constitutionnelle, car la Constitution fédérale ne prévoit que l'expropriation en vue de travaux publics:

Art. 23. — „La Confédération peut ordonner à ses frais ou encourager par des subsides les travaux publics qui intéressent la Suisse ou une partie considérable du pays."

„Dans ce but, elle peut ordonner l'expropriation moyennant une juste indemnité. La législation fédérale statuera les dispositions ultérieures sur cette matière."

En outre, d'accord avec le Tribunal fédéral, qui exprime ce vœu dans ses rapports de 1893 et de 1901, il y aurait lieu d'étendre l'application du droit d'expropriation tel qu'il est prévu à l'art. 1er de la loi de 1850 et de ne pas restreindre cette procédure aux conséquences de la cession de droits privés. On a vu une objection à cette extension dans le texte allemand de la loi „Abtretung von Privatrechten", le texte français, par contre, ne s'y oppose en aucune façon.

En effet, l'exécution d'une œuvre d'utilité publique peut occassionner divers dommages à la fortune des propriétaires sans cependant exiger d'eux la cession d'un droit. Ainsi, un propriétaire voisin du tracé de l'entreprise, et non englobé dans celle-ci, peut souffrir de l'établissement et du voisinage d'une ligne de chemin de fer, son terrain peut s'ébouler, sa maison peut se lézarder, il peut être gêné gravement dans l'exercice de son industrie (entreprise de blanchissage). La rédaction générale de l'art. 1er de la loi ne s'applique pas absolument à des cas de ce genre, alors même que ces dom-

mages sont une conséquence directe de l'exécution de l'entreprise. Dans des cas semblables le Tribunal fédéral a, conformément à la jurisprudence antérieure du Conseil fédéral, déclaré la loi d'expropriation applicable (Cf. Rec. off. des arrêts du Tribunal fédéral IV 67, 72, VI 621, VIII 238 Feuille fédérale 1868 II 489, 1877, II 178, 179, Ullmer Nos. 416, 995).

Par contre, lorsque le dommage résulte d'une faute *personnelle de l'entrepreneur,* ce dommage doit être réparé d'après les règles générales du droit et rentre dans la compétence des Tribunaux ordinaires, soit des tribunaux cantonaux. Il y aurait lieu de mettre fin à cette controverse et de remettre l'appréciation de tous les dommages provenant pour l'exproprié de l'exécution de l'entreprise à la commission d'estimation, avec droit de recours au Tribunal fédéral. Cela serait de nature à simplifier les choses et à améliorer la situation des expropriés qui, actuellement, ne savent souvent à quel saint se vouer, c'est-à-dire quelle autorité nantir de leurs réclamations justifiées.

Un autre préjudice que peut subir l'exproprié — et que la loi actuelle ne permet pas d'indemniser — c'est celui résultant de la privation d'un avantage concédé ou toléré, ne constituant pas un droit garanti expressément par l'Etat, par exemple l'utilisation d'un chemin public, le voisinage d'une promenade, une vue dégagée, etc. Cette lacune de la loi a déjà été relevée par le rapport du Tribunal fédéral de 1901, et plus spécialement au sujet d'un arrêt Gaudy et Dormann c. Vereinigte Schweizerbahnen du 15 mars 1894 (R. O. XX (1) p. 66). Dans cette dernière affaire, le Tribunal fédéral s'est vu obligé de refuser toute indemnité à un propriétaire privé, ensuite d'expropriation, de l'usage d'un chemin public, cet usage ne constituant pas un véritable *droit* (garanti par la constitution cantonale, par une loi ou constaté par un titre). En l'état actuel des choses, l'arrêt ci-dessus rappelé du Tribunal fédéral était certainement incritiquable.

L'on peut toutefois se demander s'il ne serait pas désirable que les éléments de dommage, résultant de la privation d'avantages de fait, — sans base juridique stricte, mais ayant

un caractère de sécurité ou de permanence suffisamment probable ou plausible — puissent, lorsqu'ils bouleversent dans une mesure sensible la situation économique d'un individu, faire, le cas échéant, l'objet d'une indemnisation. C'est une matière très délicate, nous le reconnaissons, et qui mérite d'être examinée de très près. Toutefois, le fait que le Tribunal fédéral tranchera en dernière instance tous les cas de ce genre, donnera rapidement naissance à une jurisprudence équitable, laquelle évitera les abus et les exagérations.

II. La non-déclaration de droits et ses conséquences.

a) Nous nous rallions sans réserve à la thèse 5 du rapporteur. Il est en effet presque superflu de critiquer et de réfuter la disposition de l'art. 14, al. 1 de la loi de 1850, laquelle prévoit que les ***droits*** (y compris le droit de propriété !) qui ne sont pas déclarés au Conseil communal, passent *sans autre* à l'entrepreneur: elle est tout simplement inouïe. Elle est surtout inadmissible et d'une injustice criante dans les cantons qui possèdent un cadastre et des registres fonciers parfaitement organisés, comme le canton de Vaud, et où les propriétaires peuvent se croire en sécurité et à l'abri de pareilles surprises. La disposition de l'art. 14 est à tel point spoliatrice et anti-juridique que, même actuellement, il nous semble que les propriétaires pourraient avec succès s'opposer à son application pratique, en invoquant un cas de gestion d'affaires de l'entrepreneur, lequel indique sur le plan à l'enquête les noms des propriétaires, et en invoquant éventuellement une „exception de dol“ contre l'entreprise qui tenterait de faire usage de cette disposition.

b) Notification directe de l'expropriation projetée à tous les intéressés. — Nous sommes aussi entièrement d'accord avec la thèse 2 du rapporteur et estimons que le simple dépôt de plans à l'enquête publique dans un Greffe municipal ne constitue pas une base suffisante pour légitimer toute la procédure d'expropriation.

Il y aurait lieu de prévoir une notification directe par l'entreprise, et sous pli chargé, à chacun des propriétaires, titulaires de droits réels ou personnels, et autres personnes directement lésées par l'entreprise projetée.

Lors de la discussion au Conseil national, en 1900, ce vœu a déjà été exprimé par des juristes distingués. Dans son rapport de 1901, le Tribunal fédéral reconnait que le mode actuel est critiquable: Il est aussi partisan d'une notification directe à tous les intéressés, ce que prévoient, du reste, plusieurs lois récentes. Il y aurait lieu, dans cette notification, de demander aux intéressés de formuler leurs réclamations d'indemnité à l'entreprise dans un délai légal et, ensuite, pourrait avoir lieu une tentative de conciliation dont nous parlerons ailleurs.

Ce système de la notification directe aux intéressés sera d'ailleurs grandement facilité par l'introduction obligatoire des registres fonciers, prescrits par le nouveau code civil fédéral.

c) Quant aux titulaires de *droits personnels,* tels que les fermiers et locataires, il y aurait lieu de rendre leur propriétaire ou bailleur responsable de l'indication exacte à l'entreprise des noms de ces intéressés et des rapports de droits qui les concernent. Il y aurait même lieu de prévoir une responsabilité spéciale pour le propriétaire négligent, soit une sanction de cette disposition.

Enfin, le droit d'intervention devrait être prolongé de 10 à 15 jours, exclusivement en faveur des titulaires de droits réels ou personnels ou autres tiers intéressés, de façon à ce qu'ils puissent faire valoir leurs réclamations encore postérieurement à l'échéance du délai prévu pour le propriétaire; ces divers intéressés auraient également à formuler directement leurs réclamations d'indemnité, de façon à ce que la conciliation puisse également être tentée auprès d'eux.

Il est parfaitement équitable de prévoir un droit d'intervention spécial en faveur de ces personnes. Elles peuvent, en effet, subir un préjudice spécial, qui n'est pas nécessairement réparé par l'indemnité globale accordée au propriétaire.

Ainsi, un fermier peut avoir fait d'importantes acquisitions de bétail ensuite de la longue durée de son bail. De même, le locataire d'un théâtre, d'un café, qui a fait de coûteuses installations ensuite d'un bail de longue durée. Ces personnes peuvent subir un très gros dommage du chef de l'expropriation, dommage qui leur est tout-à-fait spécial et personnel et qui est absolument indépendant de l'indemnité du propriétaire.

Cette protection spéciale des titulaires de droits personnels est tout-à-fait conforme à l'esprit de notre législation la plus récente. En effet, d'après l'art. 959 du Code civil fédéral, les droits personnels, les droits de préemption, les baux à terme ou à loyer peuvent être annotés au registre foncier et sont opposables à tout droit postérieurement acquis sur l'immeuble.

En même temps que l'art. 12, il y aurait lieu de modifier aussi l'art. 20 de la loi.

III. Critiques diverses et modifications à apporter à la loi fédérale de 1850.

a) Droit d'extension de l'exproprié.
b) Droit d'extension de l'entrepreneur.
c) Obligation de l'entrepreneur de maintenir les communications. Conflits possibles entre l'autorité judiciaire et l'autorité administrative.
d) Prise de possession immédiate par l'entrepreneur.
e) Droit de renonciation de l'entrepreneur.
f) Exercice du droit de réacquisition par l'exproprié.
g) Autorité compétente pour évaluer le dommage résultant de l'atteinte au droit de libre disposition.

La loi fédérale suisse de 1850, qui contient cinquante articles, dont beaucoup sont extrêmement brefs, est certainement insuffisante pour englober et prévoir toutes les complications variées du droit d'expropriation moderne. La loi française est également très ancienne et vieillie. Parmi les lois les meilleures et les plus complètes et où nous pourrions puiser des enseignements, il convient de citer la loi prus-

sienne de 1874 et surtout la loi hongroise de 1881. Parmi les lois cantonales suisses, l'on peut citer avec éloge la loi zurichoise.

Avant de passer à l'examen des questions les plus importantes, celle du choix des autorités chargées de diriger la procédure d'expropriation et de fixer l'indemnité et celle des principes à observer dans l'évaluation de cette indemnité, nous passerons rapidement en revue une série de questions offrant un certain intérêt et qui devront être prises en considération lors de la révision de la loi actuelle.

a) Droit d'extension de l'exproprié. — Il s'agit de la disposition de l'art. 4 de la loi de 1850. La première partie de cet article ne prête pas à la critique, la deuxième est par contre d'une rédaction trop rigoureuse, elle manque de souplesse et a conduit parfois à des résultats absurdes. Ainsi, lors des expropriations de la Sihltalbahn, il ne restait à l'un des propriétaires touché par l'expropriation, ensuite de l'emprise du chemin de fer, qu'une bande de terrain d'un mètre de largeur environ, mais mesurant plus de cinq mille pieds carrés. Cette parcelle était complètement inutilisable au point de vue agricole: il ne put cependant être fait usage par l'exproprié du droit d'extension, en présence du texte formel de l'article 42.

Il y aurait donc lieu de modifier cette disposition de la loi et de permettre à l'exproprié de requérir l'expropriation totale lorsque la contenance ou la forme de la parcelle restante ne permettent plus, de l'avis de la commission d'estimation, de continuer d'une façon rationnelle l'exploitation antérieure.

b) Droit d'extension de l'entrepreneur. — La disposition de l'art. 5 de la loi a été critiquée à diverses reprises, bien qu'elle soit juste en principe et serve de soupape de sûreté contre les réclamations parfois abusives des expropriés. Toutefois elle peut conduire dans certains cas à des injustices à leur égard et il serait peut-être indiqué d'élever la proportion du quart au tiers ou à la moitié.

Il y aurait lieu également de fixer un délai péremptoire au cours duquel l'entrepreneur aurait à se prononcer d'une façon catégorique sur son intention de procéder à l'expropriation totale, en présence des prétentions de l'exproprié. Jusqu'ici, la pratique a admis qu'une semblable requête ne devait pas être nécessairement formulée en Ière instance, soit devant la commission d'estimation, mais qu'elle pouvait encore être présentée devant l'instance de recours, soit devant le Tribunal fédéral (v. arrêts du T. F. du 24 décembre 1875 I pag. 458, Rusterholz c. Nordostbahn, et Walser c. Centralbahn-Ullmer, I pag. 393). Cette faculté favorise trop l'entreprise, prête à la chicane et encourage des spéculations mesquines. Il conviendrait de limiter à la première instance le droit pour l'entreprise d'en faire usage.

c) Obligation de l'entrepreneur de maintenir les communications. Conflit possible entre l'autorité judiciaire et l'autorité administrative. — Il s'agit des obligations prévues aux art. 6 et 7 de la loi de 1850. — Dans son rapport de 1893, le Tribunal fédéral estime qu'un terme plus général devrait être substitué à celui de „travaux nécessaires" (art. 6, 1er al.) ce en vue d'englober toutes les mesures quelconques prises par l'entreprise dans l'intérêt des propriétaires voisins.

Il conviendrait en outre que la loi indiquât qui est en droit d'imposer ces mesures à l'entrepreneur, si c'est seulement l'autorité administrative ou si, en cours de procès, l'autorité judiciaire, est fondée, le cas échéant, à exiger des modifications aux plans primitifs.

Il peut résulter de cette incertitude de la loi des retards ou des conflits regrettables. En cas pareil la loi devrait exiger que la commission d'estimation fixe l'indemnité dans les diverses alternatives et laisser le choix entre ces alternatives à l'autorité administrative supérieure (non à l'entreprise) en ordonnant éventuellement une modification du plan primitif. Le Tribunal fédéral a toujours admis jusqu'à ce jour que les décisions des commissions d'estimation impliquant une modification des plans de l'entreprise devaient être préalable-

ment revêtues de la sanction du Conseil fédéral. La loi devrait le prévoir expressément.

Quant à l'art. 7 de la loi, il y a lieu de remarquer qu'il est dès longtemps presque sans objet, soit depuis l'adoption de l'art. 16 de la loi sur les Chemins de fer du 23 décembre 1872.

d) Prise de possession immédiate par l'entrepreneur. — Il s'agit du dernier alinéa de l'art. 46 de la loi, lequel prévoit que les contestations relatives au cautionnement à fournir par l'entreprise, dans le cas de prise de possession immédiate, sont tranchées par le *Conseil fédéral!* Cette compétence devrait être laissée à la commission d'estimation et à la commission d'instruction du Tribunal fédéral, avec droit de recours au Tribunal en corps. En effet, logiquement, cette question ne semble pas être du ressort du Conseil fédéral.

Quant au principe même de la prise de possession immédiate, contre caution, il est bon de le prévoir, mais il convient d'en *restreindre l'usage aux cas d'urgence.* Dans la pratique actuelle, elle est trop facilement accordée aux entrepreneurs, sans motifs suffisants. — Et il devrait être prévu que lorsque l'entreprise a requis et obtenu la prise de possession immédiate, elle n'est *plus en droit*, par la suite, de faire usage du droit de renonciation.

Il y a en effet lieu de remarquer que les intérêts du cautionnement ne sont pas versés immédiatement à l'exproprié, mais ne lui sont remis qu'au moment du paiement de l'indemnité à titre d'intérêts de celle-ci. Et les C. F. F. sont dispensés du dépôt ou cautionnement!

Nous avons constaté à ce sujet dans notre pratique, des injustices flagrantes. Par exemple: un industriel, propriétaire d'un immeuble de rapport avait été exproprié. A l'annonce de l'expropriation, la plupart de ses locataires ont résilié leurs baux; d'autre part, par suite des travaux entrepris sur les fonds voisins, un préjudice sérieux fut porté à son industrie. Plus tard, l'entreprise de Chemin de fer demanda et obtint la prise de possession immédiate.

La procédure s'est déroulée devant le Tribunal fédéral. Le dépôt des plans remonte à mars 1905; l'arrêt du Tribunal fédéral fut rendu en septembre 1907 et l'indemnité fut payée seulement en février 1908. Pendant ce temps l'exproprié ne touchait pas les loyers de son immeuble, ni les intérêts de l'indemnité, il ne pouvait s'établir à nouveau, n'ayant pas de fonds disponibles. Tant et si bien que, avant la décision du Tribunal fédéral, sa faillite fut demandée par ses créanciers hypothécaires, dont les intérêts restaient forcément impayés. Et cependant il était dû à l'exproprié une somme importante, bien plus de 100,000 francs, dont une portion appréciable devait lui rester en définitive!

Mais, avant de la toucher, il pouvait être ruiné et mis en faillite et se trouver sur le pavé avec sa malheureuse famille. C'est un cas que nous avons vu de près et qui nous a produit une profonde impression. Toutes les déclamations étatistes ou bureaucratiques contre les expropriés, contre leur soif de lucre, ne pourront atténuer l'injustice criante dont a été victime cet individu. Et après avoir occasionné toutes ces vicissitudes à ce malheureux, l'intreprise aurait encore pu, en vertu de la loi actuelle, renoncer à l'expropriation projetée! Cela est certainement abusif. L'on fait vraiment trop bon marché de la propriété privée, qui est, pour le moment encore, le fondement de notre organisme économique.

L'on doit, à notre avis, remédier à des situations semblables en accélérant la procédure d'expropriation, en restreignant l'usage de la prise de possession immédiate et en excluant en pareil cas, le droit de renonciation ultérieure de l'entrepreneur.

e) Droit de renonciation de l'entrepreneur. — Comme suite à ce qui vient d'être dit, il y a lieu de remarquer qu'en vertu de l'art. 42 de la loi, *l'on peut* dès que le prononcé a acquis force de chose jugée, exiger l'exécution des obligations qu'il impose. — Cela signifie, en d'autres termes, que l'entrepreneur peut aussi ne pas exiger cette exécution, soit renoncer à l'expropriation projeté. — *Et cette renonciation n'est*

liée à aucun délai. Théoriquement l'exécution de l'expropriation peut rester pendant des années en suspens. Comme d'autre part, *l'entrepreneur n'est lié par aucun délai pour la convocation* de la commission d'estimation, il se trouve être le maître absolu de la situation et peut jouer à son gré avec la propriété privée, se moquer agréablement des malheureux expropriés. Cette situation est inadmissible: la loi doit être précisée et complétée sur ce point. Et le droit de renonciation qui, à notre avis, devrait être exclu lorsque l'entreprise a pris possession immédiate, devrait, dans les autres cas, être exercé dans des délais très courts.

Pratiquement, l'on pourrait accorder à *l'exproprié* le droit de faire suivre aux formalités d'exécution de l'expropriation en cours, dix jours après la notification du jugement définitif. Nous nous rallions dans cette mesure à la thèse *n°* 8 de l'honorable rapporteur.

La loi devrait également permettre à l'exproprié de nantir directement la commission d'estimation lorsque, dans un certain délai (par ex. 20 jours) après la clôture de l'enquête et du dépôt des plans, l'entrepreneur, sciemment ou involontairement, a négligé de le faire. Une semblable mesure serait absolument justifiée et mettrait fin à la controverse qui s'est manifestée jadis sur la question de savoir si l'exproprié pouvait se plaindre d'un semblable retard et si sa plainte devait être adressée au Tribunal fédéral ou au Conseil fédéral.

f) Exercice du droit de réacquisition par l'exproprié (Rückerwerbsrecht). L'art. 47 de la loi autorise, dans certains cas, le propriétaire dépossédé à revendiquer le droit exproprié, moyennant restitution de l'indemnité. — Il y aurait lieu, lors d'une révision, de lier l'excercice de ce droit de réacquisition à un délai assez court (3 mois par ex.) ce pour un motif économique et pour ne pas laisser sans nécessité en suspens la propriété privée.

En outre, il y aurait lieu de prévoir expressément en faveur de l'exproprié, le droit de réclamer une indemnité pour les inconvénients qu'il a subis ensuite de l'expropriation tem-

poraire, ce en dehors du calcul de la plus ou de la moins-value qui ont pu affecter les fonds depuis le moment de l'expropriation. Une telle disposition serait absolument équitable et n'exige pas d'autres commentaires.

g) Autorité compétente pour évaluer le dommage résultant de l'atteinte au droit de libre disposition. — L'art. 23, al. 2 de la loi de 1850, prescrit l'obligation pour l'entrepreneur de payer une indemnité en réparation du dommage qu'aura occasionné la restriction apportée, dès le dépôt des plans, au droit de libre disposition des propriétaires. C'est parfait, seulement la loi prévoit que le Tribunal fédéral décide des contestations qui s'élèvent à ce sujet. C'est une erreur et il n'y a aucun motif valable pour ne pas confier ce soin à la commission d'estimation, laquelle est la mieux placée à cet effet. Le recours au Tribunal fédéral resterait naturellement réservé contre la décision de la commission.

Nous passons maintenant à une question plus touffue et plus complexe, celle de la procédure d'estimation et du choix des autorités chargées d'évaluer l'indemnité dans les diverses instances.

IV. Procédure proprement dite. Modifications à y apporter.

Fixation plus rapide de l'indemnité. Tentative de conciliation obligatoire. Composition de la commission d'estimation. Représentation des expropriés dans la commission. Maintien de la commission d'instruction du Tribunal fédéral. Consécration légale du mode de faire actuel et des projets de jugement.

La critique essentielle que l'on peut adresser à la procédure actuelle d'expropriation, c'est sa lenteur dans beaucoup de cas, la situation défavorable où, dans un but d'utilité publique souvent très contestable (lignes de montagne anémiques et souffreteuses, chemins de fer électoraux condamnés d'avance, etc.) elle place la propriété privée. L'on désire de tous côtés aboutir à une liquidation plus rapide des cas d'expropriation et le Tribunal fédéral est le tout premier à exprimer ce vœu.

Pour obtenir une procédure rapide, il convient tout d'abord de diminuer le nombre des instances. L'on a songé un moment à *supprimer l'instance de recours au Tribunal fédéral* sur les questions d'évaluation et à restreindre ce droit de recours aux questions purement juridiques. Mais ce système nous paraît inadmissible. Si les commissions d'estimation travaillent en général d'une façon consciencieuse, elles commettent cependant assez fréquemment des erreurs d'appréciation et la crainte du Tribunal fédéral est pour elles le commencement de la sagesse. Si les commissions savaient que leurs décisions sont de vrais „ukases" sans appel, peut-être le niveau de leurs prononcés baisserait-il. Un homme d'une très grande expérience, véritable autorité en matière d'expropriation, M. l'inspecteur forestier Liechti, de Morat, depuis de longues années membre de nombreuses commissions d'estimation, nous a écrit qu'il était personnellement hostile à la suppression du droit de recours. D'autre part, bien que la loi lui paraisse bonne dans son ensemble, il estime qu'il faut „nécessairement" la réviser. C'est la *procédure* qui, d'après ce spécialiste distingué, est le côté faible de notre législation sur l'expropriation. Il convient donc de l'améliorer. Mais comment?

L'on pourrait réduire les cas de recours en instituant l'obligation pour les expropriés ou personnes lésées par l'expropriation de formuler par écrit leurs prétentions au Greffe municipal.

Puis interviendrait une *tentative obligatoire de conciliation* par l'un des membres de la commission d'estimation, lequel se rendrait sur le terrain, convoquerait et entendrait les intéressés. Cette mission pourrait être confiée, dans la règle, au membre qui est nommé par le Tribunal fédéral. Il acquerrait bientôt de la sorte une grande expérience et d'autant plus d'autorité.

Nombre de cas litigieux pourraient ainsi être conciliés rapidement et à peu de frais.

Les autres cas non liquidés seraient alors soumis à la *commission d'estimation,* laquelle a actuellement un caractère

trop *officiel,* et où nous voudrions, conformément au vœu émis en 1900 au Conseil national —, et contrairement à l'avis du Tribunal fédéral, — voir figurer un représentant des expropriés désigné par l'ensemble des propriétaires non conciliés. Ce ne serait que juste: ce représentant des expropriés ne serait pas un mandataire, un avocat, mais devrait être un spécialiste, un homme du métier, selon le cas notaire, agriculteur, architecte, ingénieur, gérant d'immeubles. Ce serait un homme qui n'aurait rien de bureaucratique et qui posséderait la pleine confiance des expropriés. Il serait leur intermédiaire au sein de la commission et faciliterait par sa présence des arrangements ou des transactions. Cette prétention n'a rien d'excessif. En effet, la plupart des procès d'expropriation sont intentés par une administration fédérale, par les C. F. F. etc. Et dans la commission, il y a déjà deux membres nommés par des autorités fédérales, par le Conseil fédéral et le Tribunal fédéral. Il n'y aurait donc aucun risque que le représentant des expropriés dans la commission majorise ses collègues.

L'on supprimerait, avec ce système, le commissaire désigné par le gouvernement cantonal. Cela aurait par contrecoup un gros avantage et voici lequel. Cette constitution de la commission, telle qu'elle est prévue par la loi de 1850, a le gros inconvénient d'obliger à former *au moins 25 commissions* d'estimation. Et le Conseil fédéral a été plus loin. Par son ordonnance du 25 octobre 1902 concernant l'organisation des commissions fédérales d'estimation et sur la proposition du Département des *chemins de fer,* il a créé *30 arrondissements d'estimation.* Chaque arrondissement comptant 3 membres, cela fait 90 membres, et comme chaque membre a 2 suppléants, nous avons en Suisse, dans un petit pays de trois millions d'habitants, *270 membres* et suppléants de commissions d'estimation! C'est beaucoup trop et c'est un luxe tout-à-fait inutile et même nuisible. Nous sacrifions la qualité à la quantité. Il serait infiniment préférable d'avoir en tout 4 ou 5 commissions d'estimation de deux membres, l'un nommé par le Conseil fédéral et l'autre par le Tribunal, avec

plusieurs suppléants. Ces citoyens finiraient par acquérir une grande expérience, ils seraient beaucoup plus impartiaux, et jouiraient d'une autorité beaucoup plus grande. Quelle expérience pratique peut avoir un membre de la commission d'estimation de Zug, Uri ou Appenzell (Rhodes intérieures)? Evidemment fort peu, car il ne siège peut-être qu'une fois par an ou par olympiade. La réduction de membres des commissions d'estimation aurait pour résultat de les composer de membres beaucoup plus qualifiés, dont les prononcés seraient plus respectés. Et le membre des recours en serait vraisemblablement fort diminué.

La procédure d'expropriation s'en trouverait dans beaucoup de cas, considérablement abrégée. Peut-être un voile de tristesse se répandrait-il sur tout le pays lorsque la plus grande partie de ces 270 commissaires devraient déposer leur mandat, mais, nous sommes persuadés qu'ils auraient assez de dévouement pour faire ce petit sacrifice — essentiellement d'amour propre — sur l'autel de la patrie.

Un autre système, auquel nous ne nous arrêterons pas longtemps, pourrait être le suivant. La commission serait composée à titre permanent de deux membres nommés, l'un par le Conseil fédéral, l'autre par le Tribunal fédéral. Il n'y aurait que 3 ou 4 commissions de deux membres pour tout le territoire suisse. Dans chaque série d'expropriation le gouvernement cantonal nommerait un 3me membre, les expropriés un 4me et les 4 estimateurs seraient présidés par un juge fédéral qui prendrait part à toutes les opérations. Il serait admis que dans un bref délai après l'inspection locale (par exemple 10 jours) chacune des parties pourrait déposer un mémoire résumé de ses prétentions et un certain nombre de pièces à l'appui avec un bordereau. Chaque partie pourrait faire assigner des témoins pour l'inspection locale et les faire, alors seulement, entendre par la commission. Ces témoignages ne seraient pas ténorisés.

Le prononcé d'une telle commission serait d'un grand poids et ne comporterait qu'un minimum de chances d'erreurs.

Après le prononcé, et en cas de recours, pourrait encore intervenir une nouvelle tentative de conciliation par le juge fédéral, présidant la commission, et ce n'est qu'après l'échec de cette tentative que le Tribunal fédéral serait nanti de la cause. Le nombre des cas de recours serait certainement minime.

Quant à l'instance de recours, il y aurait lieu dans la première hypothèse, de maintenir le système actuel de la *délégation du Tribunal fédéral,* ou commission d'instruction de 2 à 3 membres — lequel système a donné les meilleurs résultats —, et de lui donner la consécration légale.

Avec le second système — recours contre le prononcé de la commission de 5 membres — la commission d'instruction du Tribunal fédéral pourrait être composée de 3 à 5 juges. Le juge qui a déjà siégé dans la commission d'estimation pourrait — ou devrait même — faire partie de la délégation du Tribunal fédéral. Il n'y aurait rien là de contraire aux principes généraux. Bien souvent dans nos législations, il y a recours au Tribunal civil en corps, contre un prononcé du Président même de ce corps qui l'a rendu siégeant seul, et dans sa compétence; par exemple en matière de mesures provisionnelles. Ce ne serait donc pas une innovation; d'autre part, nos juges fédéraux ont une réputation trop méritée d'impartialité et de conscience pour que ce système puisse avoir un inconvénient d'ordre moral.

La délégation du Tribunal fédéral pourrait d'ailleurs se faire assister d'experts, dont l'un serait choisi parmi les membres d'une commission d'estimation d'un autre arrondissement.

De même que dans la pratique actuelle, qui serait alors sanctionnée expressément par la loi nouvelle, la délégation du Tribunal fédéral, l'instruction du procès une fois terminée, soumettrait un *projet de jugement* aux parties, et celles-ci auraient à déclarer dans un bref délai (10 jours par exemple) si elles souscrivent à ce projet de jugement. Au cas où l'une des parties ne l'admettrait pas, l'affaire serait renvoyée devant le *plenum* du Tribunal fédéral. Celui-ci pourrait par la suite condamner aux frais et à une amende spéciale le plaideur véritablement téméraire.

De la sorte, le nombre des cas à trancher par le Tribunal fédéral serait vraisemblablement très réduit, et la nouvelle organisation, tout en augmentant les garanties des expropriés, serait cependant de nature à décharger notre haute autorité judiciaire. Le *plenum* du Tribunal fédéral n'interviendrait en somme que dans les cas importants et ne rendrait guère que des arrêts de principe.

Nous croyons donc qu'avec l'un ou l'autre des deux systèmes que nous avons esquissés, la procédure d'expropriation serait dans la plupart des cas sensiblement abrégée. Il se formerait peu à peu dans notre pays une élite peu nombreuse — mais d'autant plus capable — de commissaires estimateurs, de spécialistes éprouvés, dont les avis seraient d'un grand poids et rendraient les recours à peu près inutiles. Même au sein du Tribunal fédéral, certains juges pourraient se spécialiser dans la matière de l'expropriation; peut-être pourrait-on confier la tâche de juge président de la commission d'estimation aux membres de la cour des poursuites et des faillites ou aux membres surnuméraires du Tribunal. C'est du reste une question d'organisation intérieure dans laquelle nous n'avons pas à entrer.

Il nous reste à examiner une dernière question, celle qui a trait aux principes qui doivent être à la base de l'évaluation de l'indemnité.

V. Principes à poser en vue de la fixation de l'indemnité. Moment de cette évaluation.

a) La législation actuelle. — Les principes recteurs en vue de l'évaluation de l'indemnité sont indiqués d'une façon très rudimentaire dans notre loi de 1850. L'art. 1 parle d'une indemnité *pleine et entière* (volle Entschädigung). L'art. 3 prescrit que la cession n'est exigible que moyennant bonification complète à l'exproprié de tous les dommages pécuniaires qu'il se trouve subir de ce chef et sans sa faute. L'entreprise doit aussi procéder à ses frais à tous les travaux né-

cessaires au maintien des communications (art. 7). La commission du Conseil national, dans son rapport de mars 1850 explique: „qu'elle n'a pas jugé à propos d'énumérer dans la loi même les divers points auquels il faudra avoir égard en fixant le montant de l'indemnité, attendu qu'une pareille énumération ne saurait toujours être complète et qu'il vaut mieux réserver à l'*appréciation du juge* la quotité de l'indemnité à allouer dans chaque cas particulier."

Sans méconnaître les louables intentions qui ont guidé les législateurs suisses de l'époque, nous croyons que les motifs qu'ils ont invoqués ne sont point décisifs et qu'il ne faut point abandonner au hasard d'une jurisprudence souvent vacillante et contradictoire la fixation de principes aussi importants. Sans entrer dans des détails mésquins ou superflus et tout en laissant aux autorités chargées de l'évaluation une grande latitude d'appréciation, il paraît cependant avantageux, normal et équitable de fixer d'avance les *principaux éléments du dommage qui,* dans l'intention du législateur, *doivent être réparés par l'indemnité.*

En ce qui concerne la fixation des indemnités, le *règlement* pour les commissions fédérales d'estimation de 1854 à 1902 fixe un certain nombre de principes qui ne sont pas là à leur place et qui devraient être contenus dans la loi.

L'art. 18 du règlement prescrit que la commission se fait un devoir de s'assurer du prix moyen des biens-fonds dans la contrée où les travaux s'exécutent et où l'estimation doit avoir lieu. Dans ce but, les commissaires consultent les actes de vente ou, s'il n'y en a pas, tels autres documents pouvant donner un résultat suffisant. (?) Il n'est pas tenu compte des prix portés très haut ou très bas par suite de circonstances particulières qui ne se présentent pas ordinairement. (?) Tout cela est très vague et fort discutable. D'après l'art. 24 du dit règlement, les motifs de la décision doivent mentionner en particulier:

1° Quels sont les prix de vente moyens lorsqu'il est possible de les déterminer. Si l'estimation s'écarte considérablement de ces prix, on doit en indiquer les motifs.

2° Quelles sont les circonstances qui nécessitent des indemnités ultérieures, par exemple, lorsque les fonds ont été morcelés ou que l'abord ou l'exploitation des parcelles qui restent aux propriétaires ont été rendus plus difficiles.

Il faut donc chercher les principes de l'indemnité dans notre jurisprudence fédérale. Mais elle n'est ni très stable, ni très riche en cette matière.

Dans son rapport de 1893 le Tribunal fédéral constate qu'en ce qui concerne le moment et la fixation de la valeur de l'immeuble, le Tribunal fédéral s'est jusqu'ici basé, d'une façon générale, sur les circonstances de cet immeuble *au moment du dépôt des plans* (Arrêts du Tribunal fédéral du 26 décembre 1880 Benziger c. Nordostbahn) RO. VI p. 619. Par contre, il n'a pas toujours tenu compte de l'utilisation passée et actuelle (par exemple comme prairie) mais aussi de la possibilité d'utilisation (Benutzungsfähigkeit) par exemple comme terrain à bâtir. Le Tribunal fédéral estime qu'il serait utile que la loi contint les *principes recteurs pour le calcul de la pleine et complète indemnité,* comme les énumère entr' autres, la loi prussienne de 1874 à ses articles 8 et 10.

b) ***Examen des principaux Facteurs de l'Indemnité.*** — Si l'on peut admettre que la loi n'entre pas dans trop de détails scolastiques en ce qui concerne le principes recteurs de la fixation de l'indemnité, il nous paraît tout au moins désirable qu'elle émette *quelques principes généraux* et notamment divise les indemnités en deux grandes catégories:

1° La valeur vénale ou objective du droit exproprié.

2° Les dommages-intérêts pour le préjudice personnel causé à l'exproprié ou l'indemnisation spéciale pour la dépréciation subie par le reste de son fonds.

Tous les auteurs admettent la première de ces catégories. C'est la fixation et la définition de la seconde qui donne lieu à des hésitations, à des controverses et à des difficultés sans fin. La doctrine est extrêmement divisée et le plus grand désaccord règne sur cette question entre les auteurs. Schelcher (Rechtswirkungen der Enteignung 1893, p. 288)

divise l'indemnité en deux parties principales qui doivent correspondre:

1° Au préjudice causé directement à la fortune de l'exproprié (damnum emergens). 2° Au gain dont l'exproprié se trouve privé (lucrum cessans).

Grünhut et von Rohland préconisent la division de l'indemnité en valeur vénale et réparation des divers préjudices causés par l'expropriation. Ces derniers sont de deux sortes; préjudices *matériels* (Grundschaden) et préjudices *personnels* (persönlicher Schaden); mais ce système, qui consiste à classer l'indemnité en deux grandes catégories, n'est point encore satisfaisant. Il est trop vague et prête trop à l'arbitraire. De divers côtés, l'on s'est efforcé d'adopter une classification plus complète et plus précise.

En France il est de coutume d'énoncer comme suit les divers chefs de l'indemnité et d'indiquer la somme offerte pour chacun d'eux:

1° La valeur même des terrains expropriés.

2° La moins-value du reste de la propriété.

3° La privation des fruits civils ou naturels.

4° Le rétablissement des communications, clôtures, etc.

5° Les frais de déménagement.

6° Les frais d'actes judiciaires, etc.

(Cf. Dalloz, Répertoire; Expropriation No. 591). D'après divers arrêts de cassation, le jury peut d'ailleurs valablement réunir en une seule indemnité les divers éléments de la demande présentée par l'exproprié.

Un auteur allemand, *Hæberlin,* classe aussi en *6 catégories* les divers facteurs dont il faut tenir compte dans la fixation de l'indemnité.

1° La valeur intrinsèque du fonds exproprié.

2° La plus-value qui a été procurée au fonds par les nouveaux moyens de communication, la plus grande facilité d'exploitation.

3° La diminution de valeur qui, dans une expropriation partielle, atteint la parcelle restant à l'exproprié.

4° La perte inévitable que subit l'exploitation de son commerce ou de son industrie jusqu'à l'ouverture d'un établissement de même genre. De même, le préjudice résultant de la situation moins favorable où sera placé ce nouvel établissement.

5° La valeur des fruits dont la récolte est empêchée par l'expropriation.

6° Le montant de l'indemnité que le propriétaire est dans l'obligation de payer aux expropriés, fermiers, locataires etc. pour autant que cette réparation n'est pas déjà comprise dans l'indemnité accordée au propriétaire.

La loi hongroise de 1881 fixe ainsi les divers facteurs de l'indemnité:

„La valeur de l'immeuble exproprié, la dépréciation que subit cet immeuble par suite du morcellement, les frais de transformation nécessaires pour continuer à utiliser de la manière usitée avant l'expropriation le fonds partiellement exproprié. Enfin, le capital représentant le surcroît de frais exigés pour utiliser après l'expropriation la partie restante de l'immeuble, par comparaison avec l'état de choses antérieur."

Parmi toutes les classifications énumérées, aucune ne nous satisfait entièrement. Celle dont nous nous rapprochons le plus est celle de Hæberlin, qui a aussi été adoptée par la plupart des législations allemandes. Voici, croyons-nous, les éléments du dommage qu'il convient de prendre en considération dans la fixation de l'indemnité.

1° La valeur vénale de l'objet ou du droit exproprié, y compris leurs accessoires et leurs fruits (Sachwert).

2° L'indemnité, qui doit correspondre plutôt à la notion des dommages et intérêts (Interesseleistung) qu'à celle du prix de vente, comprendra aussi la bonification des dommages qui atteignent indirectement l'exproprié dans sa situation, son commerce ou son industrie (ainsi indemnité pour chômage, troubles dans la clientèle, pertes de loyer, frais de déménagement, etc.).

3° La réparation des préjudices divers que subissent, par suite de l'expropriation et sans qu'il y ait de leur faute, les

autres ayant-droit à l'objet exproprié (titulaires de droit réels ou personnels sur cet objet).

4° Dans les expropriations partielles, l'indemnité doit encore comprendre la dépréciation que le morcellement fait subir aux parcelles non expropriées.

5° Enfin, en cas d'expropriation partielle, l'indemnité accordée à l'exproprié doit, à notre avis, être compensée, en tout ou en partie, avec la *plus-value* procurée par l'entreprise à la partie restante du fonds. Nous sommes sur ce point entièrement d'accord avec Mr. l'inspecteur Liechti, le spécialiste dont nous avons parlé plus haut, et estimons que cette compensation ne devrait pas être restreinte, ainsi qu'elle l'est à l'art. 3 de la loi fédérale actuelle. Il est bien entendu que cette compensation ne saurait jamais porter atteinte à la *valeur vénale* ou objective du terrain exproprié, laquelle doit toujours être payée en plein.

Lorsque l'exproprié est indemnisé d'après ces principes, le préjudice financier que cause l'expropriation est, à notre avis, entièrement réparé. Quant au préjudice morale, à „la valeur d'affection" il n'y a pas lieu d'en tenir compte. Et quant au „lucrum cessans" il ne doit faire l'objet d'une indemnité que dans des cas exceptionnels et lorsque le rapport de cause à effet se trouve nettement établi.

c) Moment de l'évaluation de l'indemnité. — Il resterait une question importante à traiter, c'est celle du *moment de l'évaluation de l'indemnité.* Surtout en matière de terrain à bâtir, cette question est grosse de conséquences. Mais elle est trop complexe et trop délicate pour que nous puissions la discuter ici, en détail. Il nous suffira de dire que nous ne partageons pas la manière de voir de la majorité du Tribunal fédéral à ce sujet et nous persistons à croire, contrairement à la doctrine formulée dans l'arrêt Baumann c. Nordostbahn (du 19 mars 1896, considérant 4), que l'objet exproprié ne doit pas être estimé d'après son état *au moment de la publication du plan* de l'entreprise, mais d'après son état *au*

moment où le propriétaire s'en trouve, en fait, dépossédé. Ce système, soutenu par Mr. O. Mayer dans la doctrine allemande, est le seul vraiment logique et équitable, malgré quelques difficultés d'application. Il convient d'ajouter que le Tribunal fédéral atténue sensiblement la portée de sa doctrine en admettant qu'il faut tenir compte de l'utilisation possible (Benutzungsfähigkeit).

Au reste, malgré le réel intérêt que présente la question, il convient de ne pas exagérer l'importance qu'il y a à fixer un moment précis pour l'évaluation des objets et des droits soumis à l'expropriation. Car de nombreuses exceptions — la non-prise en considération des fluctuations de valeur passagères dûes à des circonstances extraordinaires, des fluctuations de valeur provoquées par l'entreprise en faveur de laquelle l'expropriation est prononcée; des améliorations, que par dol ou chicane, le propriétaire apporte à son fonds dans la période précédant immédiatement l'expropriation et, à plus forte raison, dans la période postérieure au dépôt des plans, — atténuent considérablement l'influence du *moment unique,* dont on voudrait, en théorie, faire dépendre l'évaluation de l'indemnité.

En somme, cette question devra être réglée dans la loi à réviser et il y aura lieu, en fixant en principe le moment de l'évaluation de l'objet exproprié, de réserver toutes les exceptions au principe général que nous venons de signaler brièvement.

C. Conclusions.

1° Une révision et une refonte de la loi fédérale de 1850 sur l'expropriation pour cause d'utilité publique est désirable. Cette révision devra s'inspirer de la législation étrangère moderne et de la doctrine la plus récente.

2° La nouvelle loi devra être mise en harmonie avec le système des droits réels du nouveau code civil fédéral. La déclaration obligatoire devra être supprimée en ce qui concerne les droits constatés par les registres fonciers.

3° La nouvelle loi devra énumerer d'une façon aussi nette que possible les principaux éléments de dommage à faire entrer en ligne de compte dans l'évaluation de l'indemnité.

4° Il est désirable que la nouvelle loi indique le moment auquel on doit se placer pour l'évaluation de l'indemnité, ainsi que les exceptions à cette règle.

5° Il est désirable qu'au début de la procédure d'expropriation, une notification personnelle et directe soit adressée à chacun des titulaires de droits, englobés dans l'expropriation. Tous les intéressés seront invités à formuler leurs prétentions à l'indemnité, par écrit, au Greffe municipal.

6° Tous les titulaires de droits réels ou personnels sont fondés à intervenir dans la procédure d'expropriation et doivent, dans la règle, être individuellement indemnisés.

7° Après l'expiration du délai d'enquête et de dépôt des plans, les expropriés seront, au même titre que l'entrepreneur, en droit de nantir la commission d'estimation.

8° Avant la réunion de la commission d'estimation, un essai de conciliation devra être obligatoirement tenté entre l'entrepreneur et les expropriés.

Une nouvelle tentative de conciliation pourrait encore avoir lieu en cas de recours contre le prononcé de la commission d'estimation.

9° Il est désirable que les expropriés soient représentés collectivement par un membre au sein de la commission d'estimation.

10° Le nombre des commissions devrait être réduit à 4 ou 5 pour tout le territoire suisse. Ces commissions ne seraient plus composées que de deux membres permanents nommés, l'un par le Tribunal fédéral, l'autre par le Conseil fédéral.

11° Le système actuel consistant à confier l'instruction du procès en expropriation à une délégation du Tribunal fédéral devrait être sanctionné par la loi, de même que le système du projet de jugement soumis à l'approbation des parties.

12° Les droits d'extension de l'entrepreneur et de l'exproprié, le droit de renonciation de l'entrepreneur, le système de réparation des dommages causés par l'entreprise, devront être développés et précisés dans la nouvelle loi.

Das Präsidium verliest ein Begrüssungstelegramm der in Herisau versammelten Statistiker. Dasselbe wird telegraphisch verdankt.

An die Ausführungen der Referenten schliesst sich folgende Diskussion:

Dr. *Wullschleger,* Zürich, bekennt sich als Verfasser des Artikels der „N. Z. Ztg.“ vom 26. September. Er erklärt ihn als Bestandteil seines jetzigen Votums. Sein Artikel dürfte bereits die Wirkung gehabt haben, dass das Referat Dr. Maags heute etwas anders getönt, als dessen gedruckte Ausführungen. Die Stellung Dr. Maags sei etwas einseitig zu gunsten des Enteigneten. Gewiss soll auch er beim Verfahren zum Wort kommen, aber doch nur so, dass er Ersatz der ohne seine Schuld eingetretenen Vermögensnachteile erhalte, und dass auch im übrigen seine Interessen in angemessener Weise gewahrt werden. Aber auch der Enteigner und der Techniker müssen gehört werden. Redner ist der Ansicht, dass heute keine so speziellen Thesen, wie die des Referenten, sondern nur allgemeine Grundsätze aufgestellt werden sollten. Der Juristenverein sollte sich nur im allgemeinen für Wünschbarkeit der Revision aussprechen. Bei einer Revision müsste übrigens das ganze Gesetz (auch in materieller Beziehung), nicht nur das Verfahren revidiert werden.

Die Thesen der Referenten sind in hohem Grade geeignet, die Expropriation zu erschweren. Was in These I verlangt

wird, würde jedenfalls gerade die vom Referenten gewünschte Beschleunigung verhindern, da es sich oft um Werke grosser Ausdehnung handelt. Eine solche Profilierung und Aussteckung würde auch grosse Kosten mit sich bringen. Der Expropriat erhält somit Kenntnis vom Projekt; versäumt er die Wahrung seiner Interessen, so ist er selbst schuld.

Auch das ausserordentliche Expropriationsverfahren sollte neu ausgestaltet werden für solche Fälle, wo nicht der ganze Apparat in Bewegung gesetzt werden kann. Ich denke hier an notwendige Erweiterungen von Stationen, Geleiseanlagen, überhaupt Sachen, die noch nicht spruchreif sind. Da soll die Unternehmung die Ueberbauung des benötigten Terrains verhindern können, und es sollte hier genügen, wenn der Unternehmer dem Grundeigentümer anzeigt, dass er das Terrain in Anspruch nehmen werde. Die Expropriation sollte dann geschehen können lediglich auf Grund eines provisorischen Plans. Damit wäre auch dem Enteigneten gedient, für den das heutige Verfahren ebenfalls lästig ist. Besonders aber dem Enteigner, dem das heutige Verfahren die Bewegungsfreiheit raubt.

Damit würde die Bedeutung der These VII bedeutend vermindert. Durch die Trennung in vorsorgliches und definitives Verfahren könnten die Fristen z. B. auf zwei Jahre angesetzt werden.

Schliesslich beantragt der Redner, die technischen Begehren vom Entschädigungsverfahren abzulösen und dem Plangenehmigungsverfahren zuzuweisen, also in ein Vorverfahren, so dass alles erledigt ist, wenn die Schatzungskommission auf den Plan tritt.

Der Antrag des Redners geht dahin, es möchte der Juristenverein allgemein beschliessen: Der Juristenverein hält eine Revision des Bundesgesetzes betreffend die Verbindlichkeit zur Abtretung von Privatrechten für wünschbar, und zwar sowohl in Bezug auf das Verfahren als auch das materielle Recht. Dabei geht er von der Erwartung aus, dass bei der Ausarbeitung des Gesetzes die Interessen aller Beteiligten in angemessener Weise berücksichtigt werden.

Prof. Dr. *Burckhardt,* Bern, Abteilungschef im eidgenössischen Justizdepartement, stellt als Ansicht beider Teile fest, dass das Verfahren revisionsbedürftig und zu beschleunigen sei. Wie es jetzt ist, wird es zu ausschliesslich vom Unternehmer betrieben. Man nahm seinerzeit bei Erlass des Gesetzes an, er habe selbst ein Interesse an der Beschleunigung, aber es hat sich das Gegenteil herausgestellt. Das Expropriationsverfahren wird kompliziert durch das Plangenehmigungsverfahren, wegen der Notwendigkeit der bundesrätlichen Genehmigung. Deshalb kann die Betreibung des Verfahrens vor der Plangenehmigung nicht dem Enteigneten anheimgegeben werden. Bis dahin muss also die Sache vom Bundesrat betrieben werden, und der Bundesrat muss durch Zuweisung der Eingabe an ihn in den Stand gesetzt werden, dies zu tun. Später aber soll dann auch der Expropriat auf die Betreibung des Verfahrens Einfluss ausüben können, und es soll nicht der Unternehmer dasselbe beliebig in die Länge ziehen dürfen. — Die Frist, innerhalb welcher nach Dr. Maag die Schatzungskommission einberufen werden muss (These VII des Referenten), kann also nicht von Anfang an berechnet werden, weil vorher die Plangenehmigung stattzufinden hat.

Was sodann die Inkonvenienzen wegen Entziehung der Verfügungsfreiheit anbelangt, so soll nach dem Votum des Referenten eine Umkehrung der Beweislast stattfinden, was deshalb nicht als zutreffend bezeichnet werden kann, weil die Beweisfrage gar nicht so wichtig ist. Der Richter soll bei der Entscheidung der Frage über die Zuteilung der Beweislast frei sein. Die Analogie des freihändigen Vertrags ist hier immer statthaft, weil bei der Expropriation der Unternehmer ein Recht zur Erwerbung hat.

Schwierigkeiten bereitet der Praxis oft die Unterscheidung zwischen Expropriationsverfahren und Verfahren betreffend Schadenersatz aus unerlaubter Handlung. Z. B. durch Sprengungen werden Nachbarn geschädigt, die nicht expropriiert wurden. In der Regel verlangen sie Einstellung der Schädigung. Wenn aber nicht ein Verschulden der Unternehmung vorliegt, so kann ihnen heute der Richter nicht helfen,

vielmehr muss in solchem Fall Expropriation stattfinden. Das ist aber zu umständlich. Vielmehr sollte der Bedrohte an den ordentlichen Richter gelangen und gegen Kautionswirkung Inhibition auswirken können,

Die vom Juristenverein zu fassende Resolution sollte auf keinen Fall ins Detail gehen. Dagegen wäre folgende Fassung angezeigt: Der schweizerische Juristenverein spricht sich für die baldige Revision des geltenden Expropriationsgesetzes aus. Er hält es für wünschenswert, dass das Verfahren im allgemeinen beschleunigt und dass die Betreibung des Verfahrens weniger ausschliesslich in die Hände des Unternehmers gelegt werde.

Bundesrichter Dr. *Schmid* unterstützt die Resolution Burckhardt. Hat der Referent vielleicht etwas einseitig den Expropriaten begünstigt, so hat Dr. Wullschleger dasselbe hinsichtlich des Enteigners getan. Der Redner steht in der Mitte. In seiner Anwaltspraxis hat er ähnliche Erfahrungen gemacht wie der Referent, und es muss doch gesagt werden, dass im allgemeinen der Enteigner der stärkere Teil ist, in dubio ist deshalb die Sympathie für den Expropriaten erklärlich.

Von den Thesen des Referenten ist namentlich die zweite zu unterstützen, wonach eine direkte Mitteilung an den Expropriaten vorgeschrieben werden soll. Ein Bürger von Altorf besass ein Grundstück in Schatdorf (Kt. Uri). Das Projekt wurde im Amtsblatt ausgeschrieben, ausserdem bestand noch die Vorschrift, dass eine Verkündigung in der Kirche der Gemeinde, wo das Grundstück lag, stattfinden sollte. Das Amtsblatt las der Mann nicht, und die Verkündigung in der Schatdorfer Kirche hörte der in Altorf wohnende Mann auch nicht, was man ihm nicht verargen konnte. 30 Tage verstrichen, und erst, nachdem er Wind von der Sache bekommen, machte er am 35. Tag seine Eingabe. Das Objekt wurde viel zu niedrig geschätzt und das Bundesgericht konnte auf den Rekurs nicht mehr eintreten, wegen Ablauf der Rekursfrist.

Ferner unterstützt der Redner die Thesen III und V, besonders These V, wonach Versäumnis der Eingabefrist

nicht Uebergang der Rechte an den Exproprianten zur Folge haben soll. Infolge der verfehlten Bestimmungen des jetzigen Gesetzes ist einmal ein armer Italiener, der in Göschenen eine Baracke besass, um sein Recht gekommen.

Eine Umkehrung der Beweislast im Fall des Expropriationsbannes, wie Referent sie vorschlägt, ginge zu weit. Dagegen sollte das Interdikt zeitlich beschränkt werden: Die Unternehmung sollte nach zwei Jahren wohl zu einem Entschluss darüber gelangen können, was sie will.

Nötig wäre auch eine Vereinfachung des Verfahrens. Ein Uebelstand des jetzigen liegt darin, dass die Experten oft monatelang ihre Gutachten nicht liefern. Eine Reduktion auf vier oder fünf Expertenkommissionen wäre aber kaum durchführbar. Nicht viel versprechen kann man sich von dem vom Korreferenten angeregten Sühnverfahren. Die Kommissäre der Eisenbahnen sind bereits eine Art Sühnbeamte.

Das vom Referenten dem Enteigneten vindizierte Recht, eine Person in die Schätzungskommission zu senden, wäre unpraktisch, da häufig keine Einigung über dieselbe unter den Expropriaten zu erzielen wäre. Der Redner empfiehlt in einer Resolution die Wünschbarkeit der Revision des Gesetzes auszusprechen, und eine Beifügung ungefähr im Sinn der Resolution Burckhardt zu machen.

Dr. *Siegmund,* Grundbuchverwalter in Basel, macht einige Bemerkungen zu Art. 44 des Gesetzes. Die Praxis ist hier über den Willen des Gesetzes hinausgegangen. Es heisst im Gesetz nicht, dass Zahlung an und durch die Kantone erfolgen müsse, sondern dass die Zahlung nach Anweisung der betreffenden Kantonsregierung erfolgen solle. Die Meinung ist also, dass an den Expropriaten bezahlt werde; es ist gar nicht nötig, dass die Entschädigung erst eine Reihe von Behörden durchläuft, ehe sie an den Expropriaten gelangt. Die betreffende These (These VIII) des Referenten ist also eigentlich unnötig, nach dem Gesetzeswortlaut, der allerdings von der Praxis nicht eingehalten wird.

Was sodann die Bestimmung des Art. 44 betrifft, wonach die den Gegenstand der Abtretung bildenden Rechte ohne

weiteres und ohne Beobachtung der sonst vorgeschriebenen Form auf den Unternehmer übergehen, ist eine Kuriosität, die sich nur historisch erklären lässt aus den Anschauungen, die zur Zeit der Schöpfung des Gesetzes herrschten. Es herrschte damals ein „Eisenbahnfieber," man wollte den Eisenbahnbau möglichst erleichtern und schoss dabei hie und da über das Ziel hinaus. Ueber die angeschnittene Frage ist näher zu reden bei Erlass der Grundbuchordnung. Nur das ist hier zu erwähnen, dass man in Basel lange Jahre trotz Art. 44 die gesetzlichen Formalitäten der Pfandentlassung und der Streichung der Hypotheken durchführte. Zu dieser Praxis ist man jetzt nach einer infolge eines Rekursentscheides eingetretenen Schwankung zurückgekehrt.

Die These VIII des Referenten ist also der Unterstützung wert. Die Auszahlung an den Grundbuchführer kann aber erst durchgeführt werden, wenn die Frage gelöst ist, inwiefern der Hypothekenverkehr u. s. w. dem Grundbuchverwalter überwiesen wird. In Basel haben wir einen Umsatz von ca. 150,000,000. Sollten die Einzahlungen via Grundbuchamt erfolgen, so müsste damit ein eigentlicher Bankverkehr verbunden werden. Der Juristenverein kann sich aber nicht über diese Frage aussprechen, die Ordnung der Frage ist Angelegenheit der Kantone.

Dr. *Leemann,* Notariatsinspektor, Zürich, findet, dass die Zahlung der Expropriationsentschädigung durch Vermittlung der Kantonsregierung den Vorzug verdiene vor derjenigen durch das Grundbuchamt. Letzteres wäre geradezu eine Schädigung des Exproprianten. Nach der jetzigen Ordnung (Praxis) wird der Uebergang der dinglichen Rechte durch den einzigen Akt der Entschädigungszahlung an die Kantonsregierung bewirkt.

Bei Neuordnung im Sinn von These VIII dagegen würden die Rechte nicht durch den genannten einen Akt, sondern successive mit der Bezahlung an die einzelnen Grundbuchämter übergehen. Das wäre ein Uebelstand besonders bei räumlich ausgedehnten Expropriationen. Auch das Verantwortlichkeitsverhältnis gäbe Anlass zu Bedenken. Jetzt

ist der Kanton dafür verantwortlich, dass die Zahlung an die richtige Adresse gelangt. Würde die Zahlung durch das Grundbuchamt erfolgen, so wäre das nicht in dem gleichen Masse garantiert, insbesondere hätte der Expropriat nicht die subsidiäre Garantie der Kantonsregierung. Sollte die These VIII angenommen werden, so müsste eventuell der betreffende Kanton ausdrücklich für haftbar erklärt werden.

Der Antrag des Korreferenten betreffend ein vor Einberufung der Schätzungskommission einzuleitendes Sühnverfahren ist zu begrüssen. Das Zürcher Gesetz enthält bereits eine einschlägige Norm.

Der Antrag des Referenten (d. h. These VIII) ist zu verwerfen und es soll Art. 44 Expr. Ges. so gefasst werden, dass daraus deutlich zu entnehmen ist, dass das enteignete Recht auf den Enteigner übergeht mit der Bezahlung der Entschädigung an die Regierung, und nicht, wie der Wortlaut ergibt, bei Bezahlung an den Expropriaten.

Bundesrichter Dr. *Reichel*, Präsident: Das Verfahren in Expropriationssachen wird in unnötiger Weise verlängert durch die regelmässige Anordnung einer Schätzung im bundesgerichtlichen Verfahren. Kommt ein Rekurs ans Bundesgericht, so ist das erste, was der Instruktionsrichter tut, dass er Experten ernennt. Es ist nun aber schon vorher eine Schätzung vorgenommen worden, dennoch wird die zweite auch noch angeordnet, ohne Rücksicht auf Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit. Gewöhnlich erfolgt das Urteil auf Grundlage der Oberexpertise. Ein Schritt zur Besserung wäre es, wenn das Bundesgericht zur Kassationsinstanz gemacht würde, so dass ihm bloss die eigentlichen Rechtsfragen vorgelegt würden. Das hätte allerdings zur Voraussetzung eine Revision des Schätzungsverfahrens in dem Sinn, dass für den Expropriaten eine Gewähr richtiger Schätzung bestände und die Vornahme einer weitern Expertise nicht nötig wäre. Gerade die grosse Zahl der Schätzungskommissionen vermindert heute die Garantie richtiger Schätzung.

Da die Diskussion hiemit erschöpft ist, stellt der Präsident die beiden Resolutionen Wullschleger und Burck-

hardt zur Abstimmung einander gegenüber. Der erste Teil der beiden stimmt überein und wird einstimmig angenommen. Bei Gegenüberstellung der zweiten Hälfte der Resolutionsanträge ergibt sich mit grosser Mehrheit gegen 9 Stimmen der Sieg des Antrags Burckhardt.

Verhandlungen vom 29. September 1908.

Beginn der Sitzung im Kantonsratssaal vormittags 8½ Uhr.

Vorsitz: Herr Bundesrichter Dr. A. Reichel.

I.

Der Stand der **Jahresrechnung pro 1907/08**, über welche Prof, Dr. *Meckenstock* referiert, ist folgender:

Recettes.

Postes.	1906—07. Fr.	1907—08. Fr.	Augmentation. Fr.	Diminution. Fr.
Cotisations	5010. —	4920. —		90. —
Intérêts divers	705. 70	770. 90	65. 20	

Dépenses.

	1906—07. Fr.	1907—08. Fr.	Augment. Fr.	Diminut. Fr.
Frais généraux . . .	1178. 65	1132. 20		46. 45
Subv. aux Annales . .	311. 25	420. —	108. 75	
Subv. au Fonds spécial	1000. —	1000. —		
Frais d'impression et d'expédition . . .	1717. 45	2289. 50	572. 05	
Prix de concours . .	400. —	1100. —	700. —	

Prof. *Meili* frägt nach dem Stand des Vereinsvermögens.

Mr. le professeur *Meckenstock* répond à Mr. Meili que la fortune générale de la Société est de fr. 22,746. 36 et que le fonds spécial est de fr. 38,975 environ.

Die Revisoren Dr. *Schneeli* und Dr. *Picot* haben die Rechnung geprüft, sie in bester Ordnung gefunden und stellen den Antrag, sie unter bester Verdankung an den Quästor zu genehmigen. Die Versammlung beschliesst in diesem Sinne.

Hierauf referiert Prof. Dr. *Meckenstock* über das **Budget 1908/09** wie folgt:

BUDGET 1908—1909.

A. Compte général.

Recettes.

1. Contributions des membres de la Société, 1000 contributions à 5 fr. . . .	Fr. 5000.—
2. Intérêts des capitaux	„ 800.—
	Fr. 5800.—

Dépenses.

1. Frais généraux	Fr. 1350.—
2. Subvention aux Annales Blonay . .	„ 450.—
3. Subvention au fonds spécial pour la publication des sources de droit suisse . .	„ 1000.—
4. Frais d'impression et d'expédition . .	„ 2000.—
5. Prix de concours , ...	„ 1000.—
	Fr. 5800.—

B. Compte spécial.

(Fonds des sources.)

Le compte spécial pour la publication des sources de droit suisse a eu des recettes de fr. 4000 et une dépense de fr. 0,30.

Anträge zum Budget werden nicht gestellt und es wird dasselbe genehmigt.

II.

Der Vorsitzende verliest den Bericht der Kommission für die Herausgabe schweizerischer Rechtsquellen, erstattet von Prof. Dr. *A. Heusler* in Basel.

Bericht der Kommission für Herausgabe schweizerischer Rechtsquellen.

Auf dem Juristentage zu Basel im Jahre 1894 haben Sie beschlossen, die Herausgabe der schweizerischen Rechtsquellen in einer allen Anforderungen der heutigen Textkritik ent-

sprechenden Weise zu veranlassen und zu unterstützen. Der damals freudig gefasste Beschluss gereichte dem Juristenverein zur Ehre, er beruhte auf der Erkenntnis, dass wir es der Geschichte unseres Vaterlandes schuldig seien, in einer Zeit, da aller Orten die Geschichtsquellen zu Nutz und Frommen des Landes wetteifernd von historischen Vereinen ans Tageslicht gestellt werden, auch für die Rechtsquellen, die unser Land in so herrlicher und origineller Fülle besitzt, nicht zurück zu bleiben. Was nun in diesen 18 Jahren erreicht worden, mag noch manchem unscheinbar vorkommen, wenn man bloss erwägt, was alles noch zu tun bleibt. Es ist in der Tat nur ein kleiner Anfang, aber ein Anfang, der durch musterhafte Editionen die Bahn gebrochen und in ihnen die Vorbilder aufgestellt hat, die den Nachfolgern die Fortsetzung erleichtern. Die drei Bände Stadtrechte des Aargaues, der Band des Berner Stadtrechts, die zwei Bände St. Galler Offnungen dürfen sich als ausgezeichnete Leistungen sehen lassen und haben auch in Deutschland ungeteilte Anerkennung gefunden.

In der allernächsten Zeit wird ein vierter Band der Aargauer Stadtrechte (Bremgarten und Lenzburg), bearbeitet von dem unermüdlichen und hiezu hervorragend qualifizierten Oberrichter Dr. W. Merz in Aarau, vollendet sein und erscheinen können. Ihm wird, wie wir hoffen, im nächsten Jahre der erste Band der Offnungen des Kantons Zürich, bearbeitet von H. Dr. R. Hoppeler, folgen. Es freut uns ganz besonders, auf der Jahresversammlung des Juristenvereins hier in Zürich davon Mitteilung machen zu können, dass nun auch der mit den prächtigsten Rechtsquellen ausgestattete Kanton Zürich in unsre Publikation eingetreten ist.

Mit Sammlung der Unterwaldner Rechtsquellen ist Herr Dr. R. Durrer beschäftigt. So steht die Arbeit zunächst nicht still und die Kommission darf Sie daher wohl bitten, auch für das nächste Jahr wieder den üblichen Kredit von 1000 Fr. zu bewilligen.

Der Bericht wird verdankt und von der Versammlung genehmigt. Der Beitrag ist bereits bei Genehmigung des Budgets beschlossen worden.

III.

Ueber das diesjährige **Preisausschreiben** erstattete Professor Dr. *Meili* als Obmann des Preisgerichts folgenden Bericht:

Der Vorstand des Juristenvereins hatte seinerzeit folgende Preisarbeit ausgeschrieben:

> Die Haager Uebereinkunft vom 12. Juni 1902 betr. Ehescheidung und Trennung von Tisch und Bett und ihre Einwirkungen auf das schweizerische Recht.

Es wurden zwei Arbeiten eingereicht. Die Jury wurde zusammengesetzt aus

Professor *Gentet* in Genf,
Bundesrichter Dr. *Merz* in Lausanne,
Prof. *Meili* in Zürich als Obmann.

I. Die eine Arbeit ist französisch geschrieben mit dem Motto: „Post tenebras lux.“ Das Motto ist sehr schön, allein das aus den 18 Seiten hervorgehende Sonnenlicht erhellt die Konvention nicht. Wenn man nun die Kürze auch unter Juristen als eine lobenswerte Eigenschaft ansehen muss, so bedarf doch das Gebiet der Ehescheidungskonvention einer eingehenderen Erörterung, einer Entwicklung der sich in der Praxis zeigenden Schwierigkeiten und einer Auseinandersetzung mit der Literatur. Der Verfasser hat darauf vollständig verzichtet, das Detail zu prüfen, und mit der Literatur trat er nicht in die mindeste Beziehung: er zitiert zwei Kommentare über das schweizerische Civilstandsgesetz und ganz gelegentlich ein paar andere Werke, ohne auf den Inhalt weiter überzugehen.

Die Jury ist einig, dass diese Arbeit nicht prämiert werden kann.

II. Von ganz anderer Art ist die zweite in deutscher Sprache verfasste Arbeit mit dem Motto: „Lex posterior derogat legi priori“.

Sie fasst die Sache wissenschaftlich korrekt an und der Verfasser nennt auch einen Teil der Literatur, die er allerdings ohne philologische Exaktität zitiert. Die Behandlung wird in drei Teile geschieden. Der erste Teil stellt den

Rechtszustand in der Schweiz dar, wie er vor der Haager Konvention bestand, dann wird im zweiten Teil der Inhalt der Konvention entwickelt und endlich gelangt die Frage, wie die Konvention auf die schweizerischen Zustände einwirkt, zur Besprechung.

Einzelne Ausführungen sind sehr gut, so z. B. diejenigen über die Natur des durch die Konvention geschaffenen Privatrechts und was über Art. 1 und 2 gesagt wird. Diese Normen werden mit algebraischen Formeln verglichen, insofern, als sie die Gesetzesbestimmungen nur abstrakt angeben, die dann im konkreten Staate bei praktischen Fällen zur Ausfüllung der Formel auf Grund der partikularen Gesetzgebung im nationalen und Domizilstaate gelangen. Sehr gut sind die Bemerkungen, welche gemacht werden über den juristischen Begriff der Anerkennung der im Konventionsgebiete erlassenen Scheidungsurteile. Auch im dritten Teile kommen gute Ausführungen vor. Ueberdies wird alles in einem frischen Stile vorgetragen und der Verfasser zeigt ein selbständiges Denken.

Auf der andern Seite dürfen auch einzelne Fehler und Mängel nicht verschwiegen werden. Art. 3 der Konvention ist nicht genügend erfasst, Art. 4 und 8 sind unvollständig erläutert, die Erörterungen über die Form sind deswegen unrichtig, weil die Konvention keine Form schafft, es fehlt eine kasuistische Gegenüberstellung der Ehescheidungsgründe aus den hervorragendsten Staaten, es fehlt eine Verwebung der Zirkulare des Bundesrats, die geschichtlichen Bemerkungen sind abrupt.

Allein die Jury ist darüber einig, dass dem Verfasser ein zweiter Preis gebührt und sie stellt einstimmig folgende Anträge:

1. Es sei dem Verfasser der Arbeit „Lex posterior derogat legi priori“ ein zweiter Preis von 500 Fr. zuerkannt.
2. Es sei die Drucklegung der Arbeit auf Kosten des Vereins zu gestatten unter der Bedingung, dass der Verfasser vor der definitiven Drucklegung sich mit dem Obmann der Jury wegen einzelner Aenderungen und Zusätze bespreche.

Der Vorsitzende verdankt der Jury ihre Arbeit. Für die französische Arbeit ist dem Präsidenten das vorgeschriebene, den Namen des Autors enthaltende Couvert nicht zugekommen, der Name ist also nicht bekannt. Als Verfasser der deutschen Arbeit (Motto: „Lex posterior derogat legi priori") stellt sich heraus: *E. Hauser*, stud. jur., Schützenstrasse 39, Winterthur.

Kredit für Prämierung von Preisarbeiten vide Budget.

IV.

Diskussionsthema. Die internationale Vollstreckung der gerichtlichen Strafurteile in der Schweiz. Referent: Dr. *G. Werner*, substitut du Procureur général, Genève. Korreferat von Dr. *E. Brand,* Fürsprech in Bern.

Letzterer verweist auf sein gedrucktes Korreferat und führt ferner ungefähr folgendes aus: Darüber, dass ein Bedürfnis einer Regelung bestehe, sind der Referent und ich einig. An Stelle der Auslieferung sollte künftig die Rechtshilfeverpflichtung treten, so dass es sich nur noch um eine Urteilsvollstreckung resp. Mithilfe bei der Vollstreckung handeln würde. Wünschbar wäre die einheitliche Behandlung aller Strafurteile, was dazu führen müsste, den Vorbehalt des Art. 67 der Bundesverfassung, wonach bei politischen und Pressvergehen die Auslieferung nicht verbindlich sein solle, zu streichen: Gerade so wie die Haupt- sollen auch die Nebenstrafen behandelt werden. Was die Einreden anbelangt, die der Verurteilte gegen die Gewährung der Rechtshilfe geltend machen kann, so sollte das Gesetz sich darüber aussprechen.

Eine allgemeine Vollstreckung der Strafurteile in der ganzen Schweiz ist wünschenswert, und insofern sollte allerdings eine Beseitigung der Kantonsgrenzen stattfinden. Nicht aussprechen sollte sich dagegen der Juristenverein über die Frage, ob eine vorgängige Revision des Art. 64 der Bundesverfassung notwendig sei. Das ist eine Frage politischer Natur, die uns hier nichts angeht.

Der Vorsitzende teilt mit, dass ein Schreiben von Prof. *Eugen Huber* in Bern eingegangen sei, worin er seinen Dank für die Ernennung zum Ehrenmitglied ausspreche.

Die Diskussion zum heutigen Diskussionsthema wird eröffnet von Bundesanwalt *Kronauer* in Bern. Der Sprechende möchte gewissermassen im Namen der Expertenkommission des Justizdepartements reden. Die Expertenkommission hat von sich aus gefunden, sie sei verpflichtet, Grundsätze für das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch zu formulieren. Prof. Zürcher lieferte ein Schema und Vorarbeiten dazu, welche im Jahr 1903 einer Beratung unterlagen. Das Resultat liegt gedruckt vor. In den Jahren 1907 und 1908 hat man sich nicht mehr mit diesem Entwurfe beschäftigt, in der Ueberzeugung, dass die aufgestellten Grundsätze von Wert seien, dass es aber jetzt nicht an der Zeit sei, noch mehr ins Detail einzutreten.

Bei Beratung des Einführungsgesetzes war die Expertenkommission der Ueberzeugung, dass mit Inkrafttreten des schweizerischen Strafgesetzbuchs eine Revision des interkantonalen Auslieferungsrechts stattzufinden habe. Das Gesetz von 1852 kann dann aufgehoben werden, und zwar muss dies auch stattfinden hinsichtlich der Bestimmungen über das Auslieferungs-Verfahren. Ein solch detailliertes Gesetz ist in Zukunft überhaupt nicht mehr nötig. Aber von der Durchführung eines Auslieferungsverfahrens kann doch nicht ganz abgesehen werden. Es geht z. B. nicht an, dass der Statthalter von Zürich einfach einen Brief an den Statthalter von Trachselwald oder anderswo schreibt. Vielmehr soll durch eine kantonale Zentralbehörde das Begehren an eine analoge Behörde gerichtet werden. Aber eine Abkürzung gegenüber dem Gesetz von 1852 kann allerdings eintreten.

Was die Verpflichtung der Kantone zur Auslieferung anbelangt, so sagt die Bundesverfassung Art. 67 den Kantonen nur, sie müssen nicht ausliefern in andern als den vom Gesetz genannten Fällen. Wohl aber dürfen sie es.

Gegen eine Revision der Bundesverfassung ist der Redner schon aus ästhetischen Gründen. Wir haben bereits den

schönen Schächt- und Absinthartikel darin. Die Revision ist auch nicht nötig. Was bei Erlass des Strafgesetzbuchs revidiert werden muss, das ist der Artikel über das Begnadigungsrecht der vereinigten Bundesversammlung. Bei Beratung des Begnadigungsgesetzes herrschte hierüber eine Differenz zwischen den Kammern (über die Frage, ob Revision nötig), woran das Gesetz scheiterte. Für das Strafgesetz muss dieser Artikel revidiert werden, weiter aber braucht man nicht zu gehen.

Beide Referenten stellen kantonale und Urteile aus Bundesstrafrecht einander gleich. Nach der Ansicht der Expertenkommission soll aber Exekution resp. Rechtshilfe nur gewährt werden, wenn es sich um Bundesstraf- resp. Polizeirecht handelt. Wir glauben nicht, dass man die Rechtshilfe ausdehnen sollte auf kantonalrechtliche Urteile. Gerade auf letzterm Gebiet finden sich die grossen Differenzen in den Anschauungen der verschiedenen Landesteile. Man denke z. B. an die Bestimmungen über Sonntagsjagd, die durch das eidgenössische Jagdgesetz von 1904 den Kantonen überlassen wurden. Die Kantone haben nun verschiedenartige Bestimmungen über Sonntagsjagd aufgestellt, der Kanton Bern ist z. B. strenger als Zürich. Uebrigens handelt es sich bei den letztgenannten, kantonal bleibenden Strafbestimmungen durchweg um weniger wichtige Sachen.

Die Expertenkommission ist ferner der Ansicht, dass Art. 67 BV nicht revidiert werden müsse. Es steht bei uns noch nicht genügend fest, was ein politisches Delikt sei, und es sind Fälle denkbar, wo einzelne Kantone sich weigern würden, Urteile betreffend politische Delikte aus andern Kantonen zu vollstrecken. Auch ist es fraglich, ob die Presse Art. 67 so leicht aufgeben würde, wie der Korreferent meint.

Entgegen dem Referenten bin ich der Ansicht, der Bund habe schon jetzt das Recht, zu verlangen, dass Strafen, die auf Grund von Bundes-Straf- oder Polizeigesetzen ausgesprochen werden, in dem ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft vollzogen werden. Hinsichtlich der Eisenbahngefährdung z. B. ist dieser Grundsatz

in der Praxis schon angewendet worden. Das stützt sich auf Art. 150 des Gesetzes betreffend die Organisation der Bundesrechtspflege; und tatsächlich machen die Kantone auch davon Gebrauch. Eine Erweiterung des Art. 64 BV ist also nicht nötig. — Die Kantone wissen sich im übrigen zu helfen auf dem Wege der Gegenrechtserklärungen, und es sind wohl die unvollständigen Antworten der angefragten kantonalen Amtsstellen auf die Anfragen der Referenten darauf zurückzuführen, dass ungenau nach Konkordaten statt nach Gegenrechtserklärungen gefragt wurde.

Ich resumiere, dass ich mit den beiden Referenten in der Hauptsache einig gehe, aber mit der Einschränkung, dass die Rechtshilfe, die durch das neue Gesetz zu gewähren ist, sich nur auf eidgenössisches Recht zu beziehen habe.

Regierungsrat Dr. *Haab*, Zürich:

Die Antwort meines Amtsvorgängers, die er auf die Anfrage erteilt hat, ist allerdings geeignet, Missverständnisse hervorzurufen; wenn dort gesagt wurde, es seien bezüglich interkantonale Rechtshilfe vom Kanton Zürich keine Konkordate abgeschlossen worden. Im Bestreben, sich entgegenkommend zu erweisen, sind nämlich Gegenrechtserklärungen abgegeben worden. Es herrscht die Praxis, dass solchen Begehren entsprochen wird, wo das Strafrecht des requirierenden Kantons milder ist als das des Kantons Zürich, andernfalls straft man selbst. Das gilt bezüglich der in Art. 2 des Auslieferungsgesetzes genannten Delikte. Bei den in Art. 2 nicht erwähnten Delikten findet dagegen Auslieferung nur statt im Fall, wo eine allgemeine oder den einzelnen Fall betreffende Gegenrechtserklärung vorliegt. Sehr wünschbar wäre es, wenn einmal eine Sammlung der Präjudizien stattfände.

Dr. *Gmür*, Staatsanwalt, St. Gallen:

Der Korreferent hat in seinen Ausführungen (S. 97 des gedruckten Korreferats) die Uebereinkunft des Kantons St. Gallen mit Thurgau betreffend gegenseitige Vollziehung erlassener Korrektional- und Polizeiurteile erwähnt. Es wird dort auch gefragt, wie man es mit der Vollziehung der Haftstrafen in der Praxis gehalten habe? Darauf ist zu erwidern, dass man

mit wenigen Ausnahmen immer die Auslieferung dem Strafvollzug im Domizil-Kanton vorgezogen hat, trotz des Wortlauts der Uebereinkunft. Was sodann Gegenrechtserklärungen von Fall zu Fall betrifft, so sind solche mühsam und unpraktisch. Es wäre zu begrüssen, wenn die Bundesgesetzgebung die Regelung der Rechtshilfe an Hand nähme. Es gibt Kantone, die in dieser Beziehung noch recht zugeknöpft sind, z. B. Appenzell I./Rh.

So lange kein eidgenössisches Gesetz existiert, ist die Auslieferung dem Strafvollzug vorzuziehen besonders deshalb, weil die Strafarten nicht überall dieselben sind. Das Wirtshausverbot z. B. besteht nicht nur darin, dass der Betreffende nicht mehr ins Wirtshaus darf. Vielmehr wird es in allen Gasthöfen angeschlagen und wirkt deshalb als eine Art Pranger, Ehrenstrafe. In den Kantonen mit Wirtshausverbot fallen diese Publikationen nicht mehr auf, ganz anders würde es aber wirken, wenn z. B. eine solche aus Appenzell I./Rh. in St. Gallen angeschlagen würde. Aehnlich verhält es sich mit dem Hausarrest Obwaldens, wonach der Bestrafte zwischen Betzeitläuten und Frühmesse seine Wohnung nicht verlassen darf. Ein solches Obwaldner Urteil wäre z. B. in Zürich nicht durchführbar. Die gleichen Schwierigkeiten ergeben sich bei der Strafe der Landesverweisung, die in verschiedenen Kantonen verschieden gehandhabt wird. Auch wegen der verschiedenen Systeme des Strafvollzugs gebührt der Auslieferung der Vorzug vor dem Strafvollzug.

In einem Punkt möchte ich eine Ausdehnung des in den Thesen des Korreferenten Geforderten vorschlagen. Ich vermisse dort die Ausdehnung der Rechtshilfe auf gerichtliche Einweisungsurteile unzurechnungsfähiger Delinquenten in eine Anstalt. Auch hier handelt es sich um eine Massnahme zur Sicherung der Allgemeinheit. Man könnte einwenden, die Einweisung erfolge ja durch die Administrativbehörde; aber obwohl dies wohl in allen Kantonen der Fall ist, so ist es doch nötig, dass das Gericht darüber entscheidet, ob der Betreffende der Täter war. Im Kanton St. Gallen liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf vor, wonach

Einweisung nur auf Grund gerichtlichen Entscheides erfolgen darf.

Der Redner schlägt folgende Resolution vor: Der Juristenverein spricht den Wunsch aus, dass alle in Sachen allgemein anerkannt strafrechtlicher Natur ergangenen rechtskräftigen Urteile eines schweizerischen Gerichts in der ganzen Schweiz verbindlich seien, und entweder das Urteil im Domizilkanton vollzogen werden oder der Verurteilte an den Urteilskanton ausgeliefert werden müsse.

Prof. *Borel:* Permettez-moi une simple observation que me suggère la rédaction de la thèse n° 1 du rapporteur. Il ne s'agit que d'une question de rédaction et je crois que le rapporteur même sera d'accord avec moi. Il semble en lisant cette thèse que ce soit l'article 64 de la Constitution fédérale qui autorise la Confédération à édicter des règles relatives à l'exécution intercantonale des jugements pénaux prononcées en application d'une loi pénale fédérale. Or, il y a là une erreur. Toute loi fédérale doit naturellement être appliquée sur tout le territoire de la Confédération. On nous a dit: non, car l'application des lois fédérales est abandonnée aux Cantons. Mais il faut distinguer entre application et exécution. La question de savoir si une loi fédérale sera exécutée ou non est une notion qui fait partie de la loi même, à l'égard des lois pénales fédérales il faut donc se placer au point de vue fondamental que toute loi fédérale est applicable sur tout le territoire suisse: contre un jugement rendu en vertu d'une loi fédérale on ne pourrait éventuellement soulever que l'exception d'incompétence. Ainsi tous les jugements rendus dans un canton en exécution du Code pénal fédéral seront et devront être exécutés dans tout le territoire de la Confédération.

Quant au droit pénal cantonal il y a lieu de distinguer: 1° les lois pénales cantonales décrétés en vertu d'une délégation législative de la Confédération, 2° le droit pénal cantonal pur. C'est seulement au sujet du droit pénal cantonal pur que l'on peut parler d'assistance entre deux cantons pour l'exécution des jugements de leurs tribunaux pénaux. Je voudrais donc qu'il ne puisse pas y avoir de doute sur le point que l'appli-

cation du droit pénal fédéral et l'exécution des jugements rendus en vertu de ce droit pénal tient de la nature même d'une loi fédérale et de notre Etat fédératif.

Dr. *Henri Le-Fort:* Les rapports ont convaincu que l'état actuel est très mauvais et doit être réformé: il faut surtout appuyer sur la nécessité d'une application complète de tout jugement pénal. Quant à la première thèse du rapporteur je crois que ce serait mieux de ne pas prendre de résolution. Lorsqu'il y aura le Code pénal fédéral, il n'y aura plus d'extradition: il y aura seulement une réquisition, mais pas une extradition qui puisse être acceptée ou refusée. Je suis donc d'accord avec les thèses de Mr. le corapporteur Dr. Brand: la question de compétence constitutionnelle telle qu'elle est posée par le rapporteur Dr. Werner dans sa première thèse, doit être laissée de coté.

Hierauf erteilt der Vorsitzende zur nochmaligen Aeusserung das Wort dem Korreferenten Dr. *E. Brand,* Rechtsanwalt in Bern: Nach den gefallenen Aeusserungen zu schliessen, besteht nur eine Meinung hinsichtlich der Kompetenzfrage, und zwar die, dass die Kompetenz für die interkantonale Vollstreckung gerichtlicher Strafurteile nicht erst noch geschaffen werden muss. Das ist auch das, was ich mit dem Referat beabsichtigte, und es war keineswegs meine Meinung, dass wir diese Kompetenz erst noch schaffen müssten. Die konstitutionelle Frage, von der ich sprach, betraf die Frage, ob nicht der Vorbehalt, der bei der Vereinheitlichung des materiellen Rechts gemacht wurde, uns bindet. Meiner Ansicht nach wäre es am richtigsten, wenn der Herr Referent die These betreffend die Kompetenzfrage fallen liesse.

Gegenüber den Aeusserungen von Staatsanwalt Dr. Gmür habe ich folgendes zu sagen: Die von mir angestrebte Regelung sollte nach der im Korreferat ausgesprochenen Ansicht erst nach Vereinheitlichung des Strafrechts eintreten. Die Systematik des Strafvollzugs wird dannzumal keine Einschränkung der Auslieferung erheischen, da ja das Strafrecht unifiziert sein wird. Es wird sich dann nur noch um eine Art Requisition, nicht um eigentliche Auslieferung handeln.

Dass aber auch in diesem Fall nicht die blossen Statthalterämter, sondern die kantonalen Zentralbehörden untereinander bezüglich der Requisition in Verkehr zu treten haben werden, halte ich für selbstverständlich. Dass mein Vorschlag gar nichts so aussergewöhnliches an sich hat, zeigt ein Vergleich mit § 64 des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes, das nicht von Auslieferung, sondern nur von Ablieferung spricht. Was den Schutz und die Verteidigung des Verurteilten betrifft, so habe ich dafür durchaus nicht bloss den Weg der Einrede vorgesehen. Ist nämlich ein Urteil nicht rechtskräftig, so ist die Vollstreckung von Amtswegen zu verweigern. Es verhält sich hier ähnlich wie mit einem Rechtsöffnungsurteil.

Der Präsident bemerkt, dass seiner Ansicht nach allerdings auch die von Dr. Gmür erwähnten Einweisungsurteile interkantonal vollstreckbar sein sollten.

Dr. *Werner,* rapporteur: A la suite des désirs exprimés de plusieurs cotés pendant la discussion, je retire ma thèse A. 1° sur la compétence, en constatant d'ailleurs que la révision de l'art. 64 paraît être considérée par tous comme superflue.

Staatsanwalt *Gmür* findet, dass die heutigen Thesen eigentlich nicht viel Sinn haben, wenn man doch bis zum Inkrafttreten des eidgenössischen Strafgesetzes warten müsse.

Der Vorsitzende bemerkt, dass man bei Stellung des heutigen Diskussionsthemas wesentlich den künftigen Zustand ins Auge fasst, so dass die heutigen Erörterungen auf den Vorentwurf Bezug haben.

Dr. *Borel,* professeur: Je propose de ne pas émettre de vote sur les thèses du rapporteur et du co-rapporteur, car ces thèses concernent des questions de détail qui n'ont pu être discutées au fond à cause du temps très limité.

Der Vorsitzende bringt den Antrag Prof. Borels zur Abstimmung und es wird derselbe mit grosser Mehrheit angenommen.

V.

Wahl eines Vorstandsmitgliedes. Der Präsident frägt an, ob geheime oder offene Abstimmung beliebe. Die Versamm-

lung beschliesst offene Abstimmung. Auf einen Vorschlag aus der Versammlung hin wird einstimmig gewählt: Staatsanwalt Muheim in Altdorf.

VI.

Wahl des nächstjährigen Versammlungsortes (1909). Der Vorsitzende teilt mit, dass ihm nur eine Einladung zugekommen und zwar aus dem Kanton Aargau und nur für den Fall, dass keine andere Anmeldung vorliegt. Eine andere Anmeldung liegt nicht vor und es wird beschlossen, die Einladung mit Dank anzunehmen.

Am Schlusse spricht Prof. *Meili* dem Vorstande und insbesondere dem Vorsitzenden den Dank der Versammlung für die treffliche Leitung aus.

Dunant, avocat: Je voudrais recommander aux rapporteurs qu'ils fassent pour l'avenir tout leur possible pour remettre un peu plus tôt aux membres de la Société leurs rapports écrits, afin que tous puissent, s'ils le croient nécessaire, prendre part à la discussion.

Zürich, den 29. September 1908.

Im Namen der Generalversammlung:

Der Präsident:

Bundesrichter Dr. **A. Reichel.**

Die Sekretäre:

Dr. **Arnold Escher.** Dr. **Arnaldo Bolla.**